GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5000. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 161 B | BERLIN • Dienstag, den 12. Juli 1932 | 1. JAHRGANG

Der Bürgerkrieg der SA.

AUS DEM INHALT:

Das Echo von Lausanne.
Nazis marschieren durch Berlin.
Antifaschistische Aktion der KP.
Leonard Nelson zum 50. Geburtstag.
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Japan.
Afrikanische Neger noch immer in Sklaverei.

Die Aussichten der weltlichen Schule.

M.-S. Das Zentrum bereitet seinen Wahlkampf vor. Nachdem der ehemalige Reichskanzler Brüning neulich in seiner großen Wahlrede den Anschluß an die Rechte gesucht und der Sozialdemokratie die Versicherung gegeben hat, daß ihr gegenüber niemals eine Bindung bestanden habe, geht nunmehr auch die „Germania" ins Zeug. In zwei schneidigen Artikeln verteidigt der ehemalige Reichskanzler Marx das Zentrum gegen die Angriffe von rechts, das Zentrum sei „um irgend welcher Machtgelüste willen" seiner katholischen Ueberzeugung untreu geworden. Das „unselige" Zusammengehen mit der ungläubigen Sozialdemokratie, das diesen Angriffen als Beweisgrund dienen soll, stellt Marx deutlich hin als das, was es war: als eine Koalition, in der die Sozialdemokratie ihre Ueberzeugungen preisgab, ihre Macht einbüßte und das Zentrum fast alle Machtgelüste befriedigte, die es seiner katholischen Ueberzeugung schuldig war.

Es sind keine überwältigend neuen Tatsachen, die Marx hier zur Rechtfertigung der bisherigen Zentrumspolitik vorbringt. Aber es ist gut, sich dieser Tatsachen noch einmal zu erinnern, damit wir wissen, was für Vorteile das Zentrum aus dieser jahrelangen Verbrüderung mit der Linken heimgebracht hat, wie es nichts eingebüßt hat, gar nichts, auch nicht auf kulturpolitischem Gebiet, wie es im Gegenteil alles vorbereitet hat, um bündnisfähig nach rechts hin zu sein. Als Mahnung an alle, die trotzdem mit einem geschwächten Zentrum rechnen und zugleich als Abschiedswort an die sozialdemokratische Partei versichert Marx,

daß die katholische Kirche durch die Verfassung von Weimar eine Freiheit erworben hat, die sie niemals erringen konnte, solange die konservativen und freikonservativen Elemente zusammen mit den liberalen Kreisen die Herrschaft behielten.

Freilich ist auch Marx keineswegs völlig einverstanden mit den Artikeln der Weimarer Verfassung, die die Schule betreffen. Aber bei dem Uebergewicht der Linken mit ihren 267 Stimmen gegenüber 154 Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei und des Zentrums war damals nur „durch geschicktes Verhandeln" ein Erfolg herbeizuführen, ein Erfolg, der nach Marx' Worten nicht ausgeblieben ist.

„Diese linken Parteien hätten allein die Artikel über die Schule so gestalten können, wie sie es für richtig hielten!"

Dadurch, daß das Zentrum nicht in der Opposition blieb, sondern sich klug einschaltete, hat es vor allem das Elternrecht in die Schulartikel der Verfassung hineingebracht, aus denen eines Tages, wenn die Machtverhältnisse geändert sein werden, die Konfessionsschule wie der Falter aus der Puppe erstehen wird.

Am lehrreichsten sind die Ausführungen von Marx gegenüber dem Vorwurf der Rechten, daß die weltliche, religionslose Schule überhaupt bei der Verfassungsberatung in Betracht gezogen sei. Marx gibt unverblümt den Grund an, der ihm, dem Katholiken, die Zulassung weltlicher Schulen ratsam erscheinen läßt: „Ich erlange mit der Zulassung der weltlichen Schule den Vorteil, daß die Kinder, die religionslos erzogen werden sollen, aus der konfessionellen Schule verschwinden." Er warnt vor dem Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der sogenannten Sammelschulen in Preußen; er wird von den Katholiken strikt abgelehnt werden. Das Zentrum wird es nicht verantworten, „die reinliche Scheidung, wie sie durch die Sammelschulen herbeigeführt worden ist, zu beseitigen".

Die Festigkeit, die Marx hier dem Ansturm der Rechten auf die weltliche Schule entgegensetzt, hat nichts mit Toleranz zu tun, nichts mit dem Anspruch der sozialistischen Weltanschauung auf Gleichberechtigung. Die Erhaltung der Sammelklassen unter der Befürwortung des Zentrums bezweckt nichts anderes als die Abdrängung der „Ungläubigen" in eine Sonderschule, die Schaffung einer Erziehungsstätte, an der sich die Verachtung der Frommen in Worten und Taten gütlich tun kann.

Diese Absicht der Katholiken und die nicht zu unterschätzende Gefahr, die damit allen Sammelklassen inmitten eines bereits an sich hinreichend unfreien Volkes droht, bietet uns Anlaß, zu der Frage der weltlichen Schule in der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen.

Der Plan, ein Ghetto der Widerspenstigen zu schaffen, mit der Hoffnung, dadurch ihre Werbekraft zu brechen, ist einstweilen nur die *Absicht* der Kirchenvertreter, mehr nicht. Dies durchschauen, führt zu der Frage: wie diese Absicht durchkreuzen und durch wen?

So viel steht fest, was aus der weltlichen Schule wird, wenn sie rechtlich zugelassen ist, ist nicht nur Sache derer, die sie von draußen bedrängen, sondern vor allem derer, die sie *von innen her* aufbauen! Der Geistesschutz, den Freidenkerkinder in weltlichen Klassen durch ihre Lehrer genießen können, der Kampfgeist, der durch die Sonderstellung solcher Schulen geweckt werden kann, diese beiden Güter stehen hoch genug — wenn sich die Lehrer und die Elternschaft ihrer annehmen —, um die Opfer zu rechtfertigen, die in materieller Hinsicht den Schülern solcher Klassen während ihrer Schulzeit und mindestens noch während ihrer Lehrzeit zugemutet werden.

Heute steht es vielfach nicht gut um den Geist dieser Schulen. Der Dogmatismus — diese Lehre, die immer wieder meint, mit Einpauken von fertigen Lehrsätzen Schlagkraft zu erzeugen — haust auch in diesen Werkstätten der Bildung in Gestalt aufgepfropfter materialistisch-politischer Ueberzeugungen. Ferner zeigen sich bereits vielfach die Wirkungen der inneren und äußeren Zurücksetzung, unter der die Sammelklassen stehen; Anzeichen der Ermüdung, des Stillstehens und Zweifelns sind da. Aber gerade diese Symptome lassen sich beseitigen, indem die Achtung aller Freidenker diesen Schulen zuteil wird und damit das Selbstgefühl aller in ihnen Wirkenden gestärkt wird. Der Kampf mit dem politischen Dogmatismus ist schwer; aber er ist bei weitem nicht so aussichtslos wie in den Kirchenschulen, wo der Dogmatismus keine bloß taktische Maßnahme, sondern Lebensprinzip ist. All dieses können wir durch einen starken Zustrom frischer Kräfte überwinden, durch eine Propaganda, die schon jetzt sich für den Ausbau der Sammel-

Stundenlange Gefechte. / Wieder sechs Tote.

Nachdem in der vergangenen Woche die blutigen Zusammenstöße mit SA etwas nachgelassen hatten, mindestens nicht durch Todeserfolge auffielen, hat das Wochenende einen starken Anstieg dieser Straßenkämpfe gebracht. Meist spielten sich die Schießereien im Anschluß an SA-Aufmärsche und Lastauto-Transporte von SA ab.

Eine Schlacht unter Beteiligung von etwa 600 Personen fast aller politischer Richtungen wurde anläßlich eines SA-Appells am Freitag in Schmiedeberg (Niederschlesien) geschlagen. Sie dauerte von 21 bis 1 Uhr. Blutbesudelte Straßen. 24 Verletzte, darunter vier lebensgefährlich.

Am Sonnabend schoß in Hindenburg SA von einem Lastauto aus in eine Gruppe von Arbeitern. Ein Brustschuß, ein Bauchschuß. Die Nazis gaben nach dem Polizeibericht die Schüsse zu. Sie konnten nicht gut anders: die Polizei fand auf dem Lastwagen mehrere Pistolen, aus denen soeben Schüsse abgegeben worden waren.

In Duisburg-Hamborn wurde bei Zusammenstößen anläßlich eines SA-Aufmarsches

am Sonnabend ein Arbeiter erschossen.

Auch in Neukölln fanden am Sonnabend blutige Auseinandersetzungen mit Nazis statt.

In der Nacht zum Sonntag wurde geschossen, als ein Nazi-Lastauto den Ort Clausdorf in der Gegend von Hamburg durchfuhr.

Am Sonntag fanden leichtere Gefechte statt in Neustadt (Pfalz), in Pfalzel bei Trier und an der Stadtgrenze von Wuppertal. Außerdem zwei schwere Gefechte: in Eckernförde und in Ohlau (Schlesien).

In Eckernförde SA-Aufmarsch:

das Gewerkschaftshaus schwer beschädigt; ein Reichsbannermann tot.

Durch Ohlau kam SA auf Lastautos von einem Aufmarsch in Brieg zurück. Das Gefecht, an dem Kommunisten und Reichsbannerleute teilgenommen haben sollen, konnte von der verstärkten Polizei nicht zur Ruhe gebracht werden.

Reichswehr griff ein. Zwei SA-Leute tot; 30 Verletzte.

In Plauen wurde ein Kommunist erschossen.

In Breslau wurden 8 Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist verletzt.

In Witten erlitten ein Nazi und ein Reichsbannermann schwere Verletzungen.

In Immenstadt erhielt ein Kommunist Messerstiche in Hals und Brust, ein SA-Mann wurde durch einen Schlag mit der Zaunlatte schwer verletzt.

In Köln erschoß ein Nazi einen Angehörigen der „Antifaschistischen Aktion".

Man hatte in den letzten Tagen den Eindruck, besonders an dem Verhalten der Presse der Arbeiterschaft, daß die oberen Parteiinstanzen dem Verlangen nach Einheitsfront gegenüber sich weniger aufgeschlossen verhielten, als sie es noch vor einer Woche taten. Mag sein, daß die verhältnismäßige Zurückhaltung der NS und ihrer Freunde zu der nachlässigen Behandlung der Frage der Einheitsfront beigetragen hat. Es ist das typische Zeichen von Willenlosigkeit, wenn jemand erst unter dem Druck der Angst und der Gefahr zu Taten geneigt ist.

Die Gefahr ist an diesem Sonnabend-Sonntag wieder signalisiert worden mit vier Toten und einer Unzahl Verletzter.

Stimmlisten kontrollieren!

Sie liegen bis zum 17. Juli aus.

Die Christen werden deutlich!

Grobschmiede für Goebbels.

Am Sonntag fand in Essen eine Kundgebung der christlichen Metallarbeiter statt, an der etwa 10 000 Menschen teilnahmen und auf der unter anderen Hirtsiefer, der stellvertretende preußische Ministerpräsident, sprach. Nach dem Bekenntnis seiner Vorliebe für die „Männer der schwieligen Faust" gegenüber denen vom Herrenklub richtete er an Goebbels Adresse folgendes deutliche Wort:

Wenn der kleine Führer einer großen Partei neulich gesagt habe: „Gehenkt wird doch!", dann mache er diesen Herrn darauf aufmerksam, daß es unter den christlichen Arbeitern auch Grobschmiede gebe. Die deutsche Arbeiterschaft werde ihre Freiheit bis zum äußersten verteidigen.

Ein Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte, wie man mit der französischen Besatzung fertiggeworden sei, so werde man auch mit der braunen Besatzung fertig werden.

Mons im Belagerungszustand.

Streikunruhen im ganzen Land.

Die Arbeiter der Seidenfabriken von Tubize (Belgien) und der Eisenwerke von Chabecq haben sich dem Streik der belgischen Kohlenarbeiter angeschlossen.

In der Stadt Mons ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Polizei durchfährt mit Maschinengewehrautos die Straßen. Im ganzen Streikgebiet kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei.

Am Sonnabend entbrannte in der Nähe von Charleroi eine regelrechte Schlacht, an der etwa 700 Streikende teilnahmen. Steinwürfe und vereinzelte Schüsse von seiten der Streikenden — die Polizei setzte Säbel und Schußwaffen in Tätigkeit.

In der Nacht zum Sonntag drangen 6000 Streikende in Marchienne au Pont in die Villa des Direktors einer Bergwerksgesellschaft ein und setzten sie in Brand. Erst nach langen Kämpfen trieb die Polizei die Aufständischen auseinander.

Die Provinz Hennegau macht den Eindruck eines Landes unter Belagerungszustand.

schulen einsetzt. Die Möglichkeit der Wahrung der Geistesfreiheit innerhalb der weltlichen Schulen ist auf alle Fälle größer als die lächerliche Erwartung, Dissidentenkinder würden in Konfessionsschulen nicht nur ihre Freiheit behaupten, sondern zellenbildend den Bau der Kirchenschulen unterhöhlen.

Es gab eine Zeit, in der fortschrittlich denkende Lehrer dem Gedanken nahetreten konnten, der Simultanschule den Vorzug einzuräumen gegenüber der weltlichen Schule — in der Erwartung, daß die dort herrschende Toleranz der geeignetste Kampfboden für Lehrer sei, die Rechte der Geistesfreiheit in offener Front gegenüber dem Angreifer zu erkämpfen. Die Erwägung hält heute unter dem Schatten der immer schwärzer werdenden Reaktion — wie mir scheint — nicht mehr stand. Die Simultanschulen werden Konfessionsschulen sein mit zweierlei „Bekenntnissen" — weiter nichts, und damit verderblicher noch als die einseitige Konfessionsschule, die wenigstens den Anspruch anmeldet, daß es auf religiösem Gebiet nur eine Wahrheit gibt. Die Macht der vereinigten Kirchen, die sich mehr denn je des politischen Schutzes erfreuten, würde die Anstrengungen von Lehrern, die Frage der kirchlichen Wahrheit in Zweifel zu ziehen und vor den Kollegen, zur Diskussion zu stellen, zu einem ebenso aussichtslosen Unternehmen machen wie ihn der Versuch darstellt, den Mut von Kindern an dem Wortgefecht mit kirchenfrommen Parkern zu erproben.

Bleibt also heute nur die Sammelschule — beschert oder doch erhalten von der *Zentrumspartei!*

Eine unerwartete, aber doch von uns Freigeistern klug zu nutzende Wendung. Denn die Gelegenheit tut sich auf, von diesem Protektorat eines Tages Abschied zu nehmen mit einer Versicherung, die der der SP von Marx erteilten entspricht, ja über sie hinausgeht. Wenn Marx heute der SP bescheinigt, daß die Kirche in dieser Koalition eine Freiheit erworben hat, wie sie sie niemals unter der Rechten erworben hätte, so ist es unsere Aufgabe,

dem Zentrum zu bescheinigen, daß wir dank der Politik des Zentrums in den weltlichen Schulen den Mut zu einer Freiheit erworben haben, der stark genug ist, mit dem Kirchentum überhaupt Schluß zu machen.

Eine Aufgabe sozialistischer Ueberzeugungstreue, „um sehr bestimmter Machtgelüste willen"! — um in der Marxschen Sprache zu schließen.

Das Echo des Lausanner Abkommens.

Aus MacDonalds Schlußrede: „Ein Erfolg ist erzielt worden. Die Einigung war nicht leicht. . . . Auf dieser Konferenz sind neue Seiten der Weltgeschichte geschrieben worden. . . . Es ist gerecht und selbstverständlich, daß Deutschland sich an dem Wiederaufbau Europas beteiligt und hierbei einen guten Teil der Arbeit auf sich genommen hat. . . ."

Herriot vor der Pariser Presse: „. . . Das Ergebnis ist vorzüglich. . . . Was man besonders verstehen und im Auge behalten muß, ist die Tatsache der engen Verbindung zwischen den Reparationen und den interalliierten Schulden. . . . Wenn die amerikanische Regierung das Lausanner Abkommen für gut befindet, und wenn über die Schuldenfragen ein befriedigendes Abkommen getroffen werden kann, so wird die in Lausanne getroffene Reparationsregelung ratifiziert werden und ihre Früchte tragen. Im andern Fall erlangt jeder seine Handlungsfreiheit wieder."

Herriot zu einem deutschen Journalisten: Frankreich sei auf dem Weg der Opfer bis zum äußersten gegangen. Die Frage sei nun, ob das deutsche Volk auf dem Weg der Versöhnlichkeit Frankreich gegenüber fortschreiten werde.

Der Chor der Presse.

Deutschland.

„Die Rote Fahne": Nieder mit dem Pakt von Lausanne." „Der Versailler Schandpakt bleibt. . . . Macht mobil für die Liste 3, . . . die Liste der Todfeinde von Versailles!" „Tributfront von Hitler bis Wels."

„Deutsche Zeitung": „Rückzug von Frankreich. Unmögliche Angstlösung."

„Berliner Börsenzeitung": „Es wäre u. E. notwendig gewesen, daß der Kanzler dem deutschen Volk mit aller Deutlichkeit erklärt hätte, warum und durch wessen Widerstand die Diffamierungen aus dem Versailler Diktat bestehen bleiben."

Hugenberg zu einem Interviewer: „Die Deutschnationalen würden in strikte Opposition zur Regierung Papen treten, wenn diese sich auf weitere „Tributzahlungen" einließe.

Hitler vor einer SA- und SS-Versammlung: Er ziehe einen scharfen Trennungsstrich zwischen der NSDAP und der Regierung Papen. Dieser Vertrag, der eine Belastung des deutschen Volkes mit drei Milliarden bringe, werde in sechs Monaten nicht mehr als drei Mark wert sein.

Die „Germania" möchte „bereits jetzt feststellen, daß uns diese Lösung keinesfalls gefällt. . . . Zweifellos wäre bei den schweren taktischen und politischen Fehlern der deutschen Delegation der Lausanner Reparationskampf noch viel ungünstiger ausgefallen, hätte nicht die weitsichtige und ersprießliche Vorbereitungsarbeit Brünings vorgelegen, der die Konferenz, lange ehe sie begann, bereits psychologisch gewonnen hatte."

„Berliner Tageblatt": „Das, was in Lausanne erreicht worden ist, zeigt deutlicher als alles andere, wie richtig die Erfüllungspolitik der republikanischen Parteien in Deutschland gewesen ist. . . ." „Nein, wir werden uns nicht denjenigen anschließen, die Herrn von Papen jetzt angreifen, weil er in Lausanne nicht im starren Nein der Weisheit letzten Schluß sah. . . . es wäre noch leichter, Herrn von Papen gegen die Kritiker zu verteidigen, die heute aufstehen, wenn er nicht selbst aus jenen Regionen entsandt worden wäre . . ."

„Vorwärts": „Verständigung siegt!" „Herr von Papen ist mit einem schönen Erfolg der Erfüllungspolitik heimgekehrt. Die deutsche Delegation erntete die Früchte der von der deutschen Sozialdemokratie geleisteten Aufklärungsarbeit." „Herr von Papen, der in Lausanne in einen Erfolg hineingestolpert ist . . ."

Italien.

Im halbamtlichen „Giornale d'Italia" erklärt Gaida, man könne jetzt im Hinblick auf die von Deutschland zu zahlende geringe Summe von einer Streichung der Reparationen sprechen. Das Abkommen bedeute den Anfang des von Mussolini geforderten „Schwamm drüber".

„Laforo Fascista": Ein Erfolg, der als Vorbereitung für weitere Beschlüsse zu werten sei.

„Osservatore Romano" (Vatikan-Blatt): Glücklicher Abschluß der Lausanner Konferenz; ein besonderer Willensakt für den mühevollen Wiederaufbau der ganzen Nachkriegswelt.

Frankreich.

„Temps" (großkapitalistisch): Das Hauptergebnis sei die enge französisch-englische Zusammenarbeit, die nunmehr auf einer gesunden Grundlage aufgebaut sei.

„Petit Parisien" (bürgerliche Mitte): „Die Lösung, die nach drei Wochen harter Anstrengung erreicht worden ist, ist die beste, die man wünschen konnte. . . . Herriot hat das Recht, auf das Ergebnis seiner Bemühungen stolz zu sein. Alle direkten und indirekten Versuche, eine Debatte, die er auf das rein wirtschaftliche und finanzielle Gebiet beschränken wollte, auf das politische Gebiet hinüberzuleiten, sind an seiner klarblickenden Festigkeit gescheitert."

„Républiquo" (das Blatt Herriots): „Die Welt wird aus dieser Geste schließen, daß die Zeit der Gehässigkeit auf immer verschwunden ist . . ."

Am Sonntag wenden sich die meisten französischen Blätter der Frage zu, ob nun Amerika die Schulden streichen werde. Von dieser Frage hängt es ab, ob das Abkommen ratifiziert werden könne.

Im „Populaire" (sozialistisch) schreibt Leon Blum, alles hänge nun von Amerika ab; wenn die auf Amerika gesetzten Hoffnungen enttäuscht würden, so würde Europa juristisch wieder unter dem Young-Plan zurückfallen und praktisch in ein Chaos. Ob Amerika zusage, werde vom Verlauf der Abrüstungskonferenz abhängen. Das Schwergewicht der französischen Politik müsse daher jetzt nach Genf verlegt werden. Die Hooversche Abrüstungsdenkschrift müsse die Grundlage der Abrüstungsverhandlungen werden. Es sei bedauerlich, daß Frankreich sich diesen Vorschlägen nicht angeschlossen habe

England.

MacDonald ist in England stürmisch begrüßt und beglückwünscht worden. Die Presse stellt fast durchweg fest, daß die Einigung in Lausanne ein großer Schritt vorwärts zu gesunderen Verhältnissen bedeute. Entscheidend ist auch für die englischen Blätter die Frage, was Amerika machen werde.

„Daily Telegraph" (konservativ): „Es sei ein Werk von hoher Staatsweisheit, daß der Termin der Ratifikation unbestimmt gelassen worden sei. Trotzdem herrscht in diesem und auch in anderen Blättern ein Unbehagen darüber, welche Folgen dieser „weiße Fleck" in dem Lausanner Abkommen haben könnte.

Neuer Konflikt in Irland.

m **London, 11. Juli.**

Der Vertreter der englischen Krone, der irische Generalgouverneur MacNeill, hat jetzt mit seinem Rücktritt gedroht, falls de Valera nicht öffentlich Abstand nimmt von dem Verhalten seines Kabinetts gegenüber dem Gouverneur.

Es handelt sich hierbei in erster Linie um zwei Vorfälle: Als der irische Generalgouverneur zu einem Empfang des französischen Gesandten Anfang Mai d. J. erschien, verließen zwei irische Kabinettsmitglieder ostentativ den Raum. Bei den Empfangsfeierlichkeiten für den päpstlichen Legaten, Kardinal Lauri, bei der Eröffnung des Eucharistischen Kongresses war MacNeill absichtlich nicht eingeladen. Am vergangenen Sonntag drohte MacNeill in einem Schreiben an de Valera an, er werde den gesamten Briefwechsel veröffentlichen, falls innerhalb von drei Tagen keine genügende Entschuldigung von seiten der irischen Kabinettsmitglieder vorgebracht würde, die sich der „gröbsten Unhöflichkeit" schuldig gemacht hätten. Da diese Entschuldigung nicht erfolgte, wurde der Briefwechsel nunmehr veröffentlicht. De Valera verbot in den frühen Morgenstunden des Montags sämtlichen Dubliner Zeitungen, den Briefwechsel zu veröffentlichen. Wie „Daily Expreß" meldet, beurteilt die englische Regierung die Lage sehr ernst.

Vor der Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Die Vortäuschung von Ergebnissen.

Ehe die Abrüstungskonferenz in die Ferien geht, soll noch ein Entschließungsentwurf angenommen werden, der die erzielten „Ergebnisse" festhält. Es ist nicht viel festzuhalten. Der englische Außenminister Simon, der den ersten Entwurf ausgearbeitet hat, hat denn auch vorsichtiger Weise seine Feststellungen so vage gehalten, daß die Annahme des Entwurfs keiner der beteiligten Mächte eine Verpflichtung auferlegt. Der Entwurf enthält keine Zahlenangabe und daher kein Maß für die von allen als notwendig anerkannte Abrüstung. Es ist nur die Rede davon, daß gewisse Typen schwerer Bombenflugzeuge, besonders schwere Tanks, Geschütze oberhalb eines noch zu bestimmenden Kalibers verboten werden sollen — Verbote, die in *dieser* Form, die voraussichtlich nicht so bald schärfer gefaßt werden wird, völlig harmlos sind. Nur der Giftgaskrieg und die chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel sollen nach dem Entwurf endgültig verboten werden.

Die Diskussion des Entwurfs wird vermutlich noch zu erheblichen Streitigkeiten führen.

Ein Kommunist wurde erschossen bei Zusammenstößen mit Polizei am Freitag in Ried bei Frankfurt-Main.

Fünf Tote, zehn Schwer- und 21 Leichtverletzte sind die Opfer der Kesselexplosion auf einem Berliner Vergnügungsdampfer, der am Sonntag vormittag am Charlottenburger Ufer Passagiere aufnahm.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

27)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Barth eröffnet die Sitzung wieder und führt aus:

„Genossen! Ich habe Ihnen zunächst eine Mitteilung zu machen. Wir vom ‚Kopf' haben zu der heutigen Sitzung Karl Liebknecht eingeladen. Sie werden damit einverstanden sein. Aber was ich betonen wollte: Liebknecht ist in unserem Kreis wie jeder andere Vertreter einer politischer Partei zu behandeln: als Gast mit beratender Stimme. Ich erwarte, daß Sie sich durch das Erscheinen Liebknechts nicht von unserer geraden Linie abbringen lassen. Die Stunde, in der wir unsere Aufgabe zu vollbringen haben, ist nicht mehr fern. Die Siegestrunkenheit der Herrschaften ist augenblicklich einem ernüchternden Katzenjammer gewichen. Die Gottähnlichkeit der Hohenzollern und Ludendorffs ist in die Brüche gegangen. Der Hunger, das Elend, die Sorge, der Kummer, die Not haben den Schrei nach Friede und mehr noch, den Schrei nach Rache gegen die Schuldigen, in jedem Herzen entfacht.

Unsere Vorbereitungen sind abgeschlossen. Der Aufmarschplan ist durchgesprochen und in allen Einzelheiten festgelegt. Waffen und Munition sind durch unsere Führer an die Stoßtrupps in den einzelnen Betrieben verteilt. Auf das Signal zum Kampf wird die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter marschieren in geschlossenen Zügen nach dem Innern der Stadt. Die Arbeiter aus dem Stadtinnern riegeln die Hauptstraßen ab. In wenigen Stunden wird Berlin mit riesigen Menschenmassen angefüllt sein . . ."

„Und was wird die Polizei machen?"

„Wie wird sich das Militär verhalten?"

„Zu diesen Fragen erteile ich dem Genossen Däumig das Wort."

Ernst Däumig — preußischer Deserteur, französischer Fremdenlegionär, Schlafwagenkontrolleur, Journalist, bis zur Parteispaltung Redakteur im „Vorwärts" — spricht kurz und sachlich:

„Die Polizisten sind als absolut Regierungstreu anzusehen, aber sie können von den auf die Züge verteilten bewaffneten Stoßtrupps überwältigt werden. Schwieriger ist die zweite Frage. Gegen das Militär können wir mit unseren paar Waffen nicht viel ausrichten. Ich habe versucht, die Soldaten für den bevorstehenden Kampf zu gewinnen. Ich habe auch in mancher Kaserne Anschluß gefunden und weitgehende Unterstützung und Zusagen von Soldaten erhalten. Viele sind auf unserer Seite. Aber es ist schwer, ein zuverlässiges Urteil über die Haltung im ganzen zu gewinnen. Besonders, weil die Militärbehörde eine dauernde Verschiebung vornimmt und auch in den letzten Tagen wieder die Bestände der Garnison mit Provinztruppen aufgefüllt hat, denen die politischen Verhältnisse vollständig fremd sind. Das Militär muß durch die von allen Seiten anstürmenden Massen isoliert werden. Die Masse muß mit den Soldaten fraternisieren und sie auf unsere Seite herüberziehen!"

„Wann sollen wir losschlagen, das ist die Frage!"

„Wir dürfen nicht mehr lange warten!"

„Warten kann uns allen den Kopf kosten!"

Ein Motorenschlosser von Daimler erzäht:

„Wir bei Daimler und auch die aus der Stockbude sind mit den Soldaten aus der Dragonerkaserne einig. Wir marschieren durch Tempelhof, und vorm Halleschen Tor laufen die Soldaten über."

In diesem Moment geht die Tür auf, — Liebknecht!

Die Arbeiter drehen sich um, die meisten kennen ihn. Aber es ist lange her, seit sie ihn gesehen haben — vor dem Kriege in irgendeiner Versammlung; einige waren auch 1916 auf dem Potsdamer Platz, als Liebknecht zum Kampf gegen den Krieg und zur Revolution aufrief. Zu lauten Kundgebungen ist hier nicht der Ort. Die an der Tür schütteln ihm die Hand, andere winken ihm zu:

„Karl!"

„Du kommst zur rechten Zeit!"

„Jetzt ist's so weit, es geht bald los!"

Barth stellt mit Unbehagen fest, daß Liebknecht, obwohl er ihn gebeten hat, allein zu kommen, noch vier Genossen aus der Spartakusgruppe mitbrachte, den gestern aus Holland eingetroffenen Pieck und den ehemaligen Wanderlehrer der Partei, den langen Privatgelehrten Duncker; die beiden andern kennt er nicht.

Barth macht den halblauten Ovationen ein Ende:

„Ich erteile dem Genossen Ledebour das Wort!"

Ledebour hat als einer der ersten Parlamentarier in den Obleuten den Vortrupp der kommenden Revolution erkannt und für die Unabhängige Partei eine enge Fühlung mit diesem Kreis aufrechterhalten. Er schließt sich jetzt den Ausführungen Däumigs über die militärische Lage an und weist, wie die Zwischenrufer, auf die Gefahr hin, die ein Hinauszögern der Aktion in sich trägt.

Nach Ledebour spricht ein zweiter Unabhängiger:

„Es ist klar, daß wir nicht ohne bis ins letzte durchgeführte Vorbereitungen in den Kampf eintreten dürfen. Wir haben es in Berlin mit der stärksten Position der Regierung zu tun. Und wir müssen uns vergewissern, ob genügend Kräfte hinter uns stehen Insbesondere müssen wir erst des Militärs sicher sein. Alles steht auf dem Spiel.

Genossen, ich warne vor überstürztem Handeln . . ."

Die Unabhängigen, die hart an den Grenzen des Erlaubten den Stimmungen der Arbeiter- und Soldatenmassen durch Parlament und Presse Ausdruck gaben, haben im gleichen Maße, in dem die Massen kriegsmüder wurden, sich von der Politik der alten Machthaber abgekehrt. Ihre Reden wurden radikaler, und sie trachteten danach, auf möglichst legalem Wege die Regierung und die Führer der alten Partei zu stürzen und die Staatspositionen und Ministerstellen mit ihren Leuten zu besetzen. Zur Erreichung dieses Zieles konnten die Obleute ihnen der beste Hebel werden. Aber sie wollen das Ziel mit geringstem Risiko erreichen. An der Schwelle der Revolution zögern sie.

Die Obleute unterbrechen den Redner.

„Nanu? Hast wohl 'n Bammel!"

„Wenn's soweit ist, wird gebremst!"

„Immer drauf los — wie ich und der Richard mit der Munitionskiste!"

„Wenn's nach den Generälen geht, dann bereiten wir so lange vor, bis wir alle im Massengrab liegen!"

Liebknecht meldet sich zum Wort.

(Fortsetzung folgt.)

Leonard Nelson / Zum 50. Geburtstag am 11. Juli 1932

Die Not der Zeit.

Zwei falsche Deutungen und eine richtige.

Die Not der Zeit ist eine Frage des Charakters. Die beiden größten heute geltenden Lehren, die sich mit der Not der Zeit befassen, haben dieser Frage nicht die Bedeutung beigemessen, die ihr zukommt.

Die beherrschende Theorie der modernen Arbeiterbewegung: der historische Materialismus, hat die Rolle des Charakters zu einer untergeordneten abgestempelt durch seine Behauptung, alle Ideale seien lediglich Reflexe der in den vorhandenen ökonomischen Tatsachen auftretenden Widersprüche, und also praktisch bedeutungslos für die Gestaltung der Gesellschaft.

Die christliche Lehre, und zwar sowohl die katholische als auch die protestantische, hat zwar die Wichtigkeit des Charakters für die menschliche Gesellschaft betont, aber diesen selber durch ihre unwissenschaftlich-dogmatische Vermengung von Religion und Ethik zu einer Art Gehorsamsmaschine degradiert und daraus für den Menschen die Forderung des Untertanengeistes und der Knechtsgesinnung hergeleitet.

Beides: die Abstempelung des Charakters zu einem bloßen Untertanen sowie die zum großen Teil darauf beruhende falsche und zu weit reichende Reaktion: die selbständige Bedeutung des Charakters gänzlich abzulehnen, hat Leonard Nelson als unwissenschaftlich und schädlich für den Sozialismus nachgewiesen, und zwar in verständlicher, überzeugender Weise und außerordentlich schöner Form in seiner „philosophischen Rechtslehre und Politik" und der „philosophischen Ethik und Pädagogik". Es ist unmöglich, hier auch nur annähernd den wissenschaftlichen Gehalt an Einzelerkenntnissen wiederzugeben, den diese Bücher umschließen, oder auch nur halbwegs die Wirkung anzudeuten, die sie auf charakterlich noch nicht vollkommen verbildete Menschen ausüben. Hier soll nur soviel gesagt werden, daß in diesem Buch in bisher unerreichter Weise allen Leugnern der Rolle des Charakters wissenschaftlich der Todesstoß versetzt worden ist.

Welches ist die Rolle des Charakters?

In der menschlichen Gesellschaft geschieht nur das, für dessen Durchsetzung sich eine Macht einsetzt, und dies nur dann, wenn es gelingt, für diese Durchsetzung eine größere Macht aufzubieten als sie für entgegenstrebende Ziele wirkt. Diese Erkenntnis, die dem unverbildeten Geist geläufig ist, ist den verbildeten Geistern des historischen Materialismus und des Christentums zu einfach. Sie berufen sich ausdrücklich für ihre Deutung des Geschehens auf eine dem Willen des Menschen entzogene und überlegene Macht: der historische Materialist auf die selbständig sich gestaltenden Produktivkräfte, der Christ auf den Willen und die Hand Gottes.

Der wahrheitsliebende und gerade denkende Mensch lehnt beide Deutungen als Aberglauben ab. Er hält sich an die Erkenntnis, die in unbefangenen Aeußerungen des Geistes der Arbeiterschaft sich zeigt:

„Es rettet uns kein höh'res Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun."

Wenn dies wahr ist, dann kommt es darauf an, hinter das Ziel des Sozialismus, hinter die Forderung der ausbeutungsfreien Gesellschaft eine größere Macht zu setzen, als sie für gegenteilige Forderungen bisher eingesetzt worden ist und wird; die Forderung von Karl Marx gilt es zu verwirklichen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Woran ist diese richtige und plausible Forderung bisher gescheitert? Sie scheitert im wesentlichen daran, daß der Forderung des Charakters nicht genügend Beachtung geschenkt worden ist, daß es nicht gelungen ist, in den Reihen der Arbeiterbewegung planmäßig das Gefühl für Solidarität und Aufopferung zu wecken, das nötig ist, um eine so ungeheure Anstrengung, vor allem moralischer Art, zuwege zu bringen. Diese Anstrengung ist nötig, weil der Sozialismus in der Regel Handlungen und Aktionen erfordert, die für die an ihnen Beteiligten kein Vergnügen darstellen. Die Arbeiterbewegung darf also nur von Menschen geführt werden, ja sie darf sogar überhaupt nur aus solchen bestehen, die ihren eigenen Vorteil, und zwar nicht nur den finanziellen, sondern auch den ideellen, zurückstellen können, d. h. die Arbeiterbewegung muß aus Menschen bestehen und geführt werden, die finanziell und auch sonst unbestechlich sind, die man weder durch Geld noch durch Schmeicheleien, noch durch Ehre oder Ruhm oder durch irgend eine andere Befriedigung einer bloßen Eitelkeit und noch niedrigerer Instinkte kaufen kann.

Wie kommen wir zu Charakteren?

Gewiß ist man sich in der Arbeiterbewegung darüber einig, daß es schön ist, wenn ein Mensch opferbereit ist; man ist sich aber längst nicht so einig darüber, der Schulung von Charakteren die ihr gebührende Beachtung zu widmen, ja man ist sich so wenig darin einig, daß bisher auch noch nicht der leiseste Versuch gemacht worden ist, Charaktere planmäßig zu erziehen.

Leonard Nelson hat mit der Verwirklichung dieser Forderung den Anfang gemacht. Nicht nur mit der von ihm eingerichteten Schule, in der schon Kinder so früh wie möglich einer Erziehung zur Freiheit und Selbstbeherrschung unterzogen werden, sondern auch dadurch, daß er eine politische Organisation geschaffen hat, die nicht damit zufrieden ist, daß ihre Mitglieder sich in dem frommen Wunsch einig sind, der Sozialismus möge kommen, sondern deren Mitglieder gezeigt haben und ständig zeigen, daß ihnen der Sozialismus eine Angelegenheit ist, für die Opfer zu bringen nötig und ständig möglich ist. Daher Nelsons Forderungen an eine politische Organisation, die ausschließen, daß schlechte Charaktere sich dort breitmachen.

Ein guter Charakter zeigt sich darin, daß er das für richtig Erkannte nicht nur theoretisch zugibt, sondern auch für die Organisierung seines Lebens maßgebend sein läßt. Das bedeutet zum Beispiel: Wer die Rolle der Kirche eingesehen hat, verläßt sie. Wer die Schädigungen, die der Alkohol anrichtet, begriffen hat, trinkt keinen mehr. Wer das Unrecht einsieht, das man den Tieren tut, dadurch, daß man sie ermordet um der Bereicherung der Speisekarte willen, wird Vegetarier. Wer die Wichtigkeit erkannt hat, Solidarität zu üben mit seinen Klassengenossen, wird dafür sorgen, daß er selber nicht Reichtümer sammelt, während diese in Armut darben. — Wer im ISK sein will, muß also mindestens Dissident, Abstinent und Vegetarier sein und sein Einkommen zu Gunsten seiner Genossen so versteuern, daß es im ISK keine Klassenunterschiede gibt.

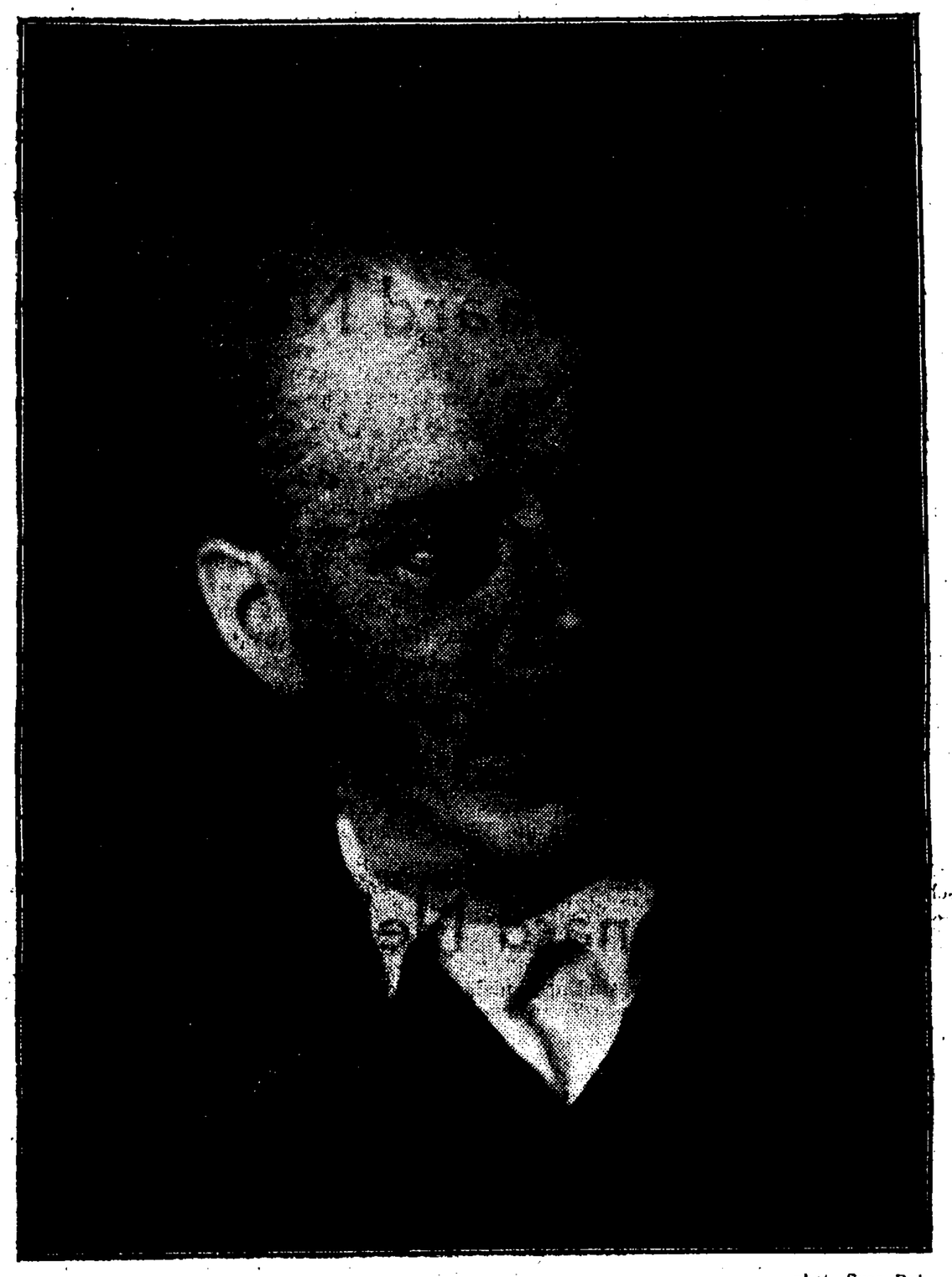
Es wird heute noch von Sozialisten weitgehend diese Planmäßigkeit bei der Bildung von Charakteren verlacht, beschimpft, als Sektierertum und noch schlimmeres denunziert. Es ist ein Gebot des Charakters, die Richtigkeit einer Maßnahme nicht danach zu bemessen, wie viele sie für richtig halten.

Was der Arbeiterbewegung von miserablen Charakteren für Schaden zugefügt worden ist, und was ihr andererseits gerade in ihren Anfängen von außergewöhnlich großen Charakteren für Kraft zufloß, dafür hier Beispiele anzuführen, ist nicht nötig. Die Namen MacDonald, Mussolini, Scheidemann, Heilmann auf der einen Seite und Marx, Engels, Bebel, Liebknecht, Luxemburg, Lenin auf der anderen Seite reichen hierzu sicher aus.

Charaktere planmäßig zu schulen und nach vorn zu schieben, ist für die Arbeiterbewegung eine Lebensfrage. Die Lebensfrage erkannt und auch in Angriff genommen zu haben, und damit also die wahre Probe des Charakters bestanden zu haben, ist eines der wesentlichsten Verdienste Nelsons für den Sozialismus.

Es ist eine Probe auf den Charakter aller Arbeiterführer und der Funktionäre der Arbeiterbewegung, sich mit dieser Arbeit Nelsons auseinanderzusetzen.

Willi Eichler.



phot. Suse Byk.

Leonard Nelson.

Geboren: 11. Juli 1882. — Gestorben: 29. Oktober 1927.

Warum ist uns Leonard Nelson zum Vorbild geworden?

Sein ganzes Leben und Wirken stand unter dem *Gebot der Pflicht*.

Das wird, leichthin, so manchem nachgerühmt; etwa weil er seine Arbeit tat, bisweilen selbstlos war und mit den Menschen gut stand. „Treue Pflichterfüllung" ist allmählich die billigste Phrase wohlwollender Nachredner geworden. So wenig wird in der Gegenwart der ungeheure, unerbittliche Ernst des Pflichtgebots empfunden. Mit diesem Mangel hängt es zusammen, daß die Gegenwart so wenig Sinn hat für echte menschliche — das heißt sittliche — Größe. Diese tritt stumm hinter ihrer Aufgabe und Leistung zurück, indes die Menschen dem bedenkenlosen Schwindler und Schreier leichtfertige Gefolgschaft leisten.

Leonard Nelson hat uns durch sein Leben und durch seine Lehre wieder ins Bewußtsein gerufen, was es heißt, die Einsicht in die Pflicht zum beherrschenden Antrieb des Willens zu machen. Das bedeutet nicht, daß alle anderen Antriebe und Neigungen abgetötet werden sollten — gerade unter den nicht ausgesprochen *sittlichen* Antrieben befinden sich solche, deren Befriedigung dem Leben Reichtum und Wert verleiht. Aber ein Leben in sittlicher Bereitschaft verlangt die unbedingte Unterordnung aller anderen Neigungen und Ideale, mögen sie an sich auch noch so wertvoll sein, unter die Anforderungen der Pflicht. Es gibt keine Entschuldigung für eine Pflichtverletzung.

Zu welchen Konsequenzen diese einfache sittliche Erkenntnis Nelson genötigt hat, zeigt die Einschränkung, die er sich selber in seiner Lebenshaltung auferlegt hat. Er war ein Zeichner von hoher künstlerischer Fähigkeit und griff doch in den letzten 15 Jahren seines Lebens nicht mehr zum Handwerkszeug dieser Kunst. Er war ein leidenschaftlicher philosophischer Denker und bezwang selbst diese Leidenschaft, sobald gerade seine philosophischen Forschungen durch ihre praktischen Ergebnisse über sich selber hinauswiesen und die *Anwendung* von ihm verlangten.

Einer solchen Selbstaufopferung liegt ein Verantwortungsbewußtsein und eine Selbstzucht zu Grunde, die umso erstaunlicher sind, als Nelson eine leidenschaftlich bewegte Natur war. Es entspricht Nelsons eigener Erfahrung, wenn er schreibt, daß die Anforderung der Selbstbeherrschung nur für den zu einer Aufgabe werde, der etwas zu beherrschen habe. Für einen Menschen mit schwächlichen Trieben sei sie eine leichte Sache; je reicher ein Mensch ist an Kraft und Leidenschaft, desto mehr bedarf er der Selbstzucht und der Beherrschung. Nelson beherrschte die Kräfte seines Innern. Nicht der Zufall seiner Anlagen und Fähigkeiten bestimmte ihn, sondern die eigene Einsicht in das, was wert war, das Leben dafür einzusetzen.

Dieser Einsicht folgend, ließ er die wissenschaftliche Arbeit nahezu vollständig liegen, als sie ihm nach der Begründung des Rechtsgesetzes und dem Aufbau der wissenschaftlichen Politik theoretisch zeigte, daß ohne die Teilnahme am politischen Kampf die weitere Beschäftigung mit bloßer Wissenschaft nicht zu verantworten war. Die Mängel der politischen Arbeit, die er vorfand, soweit sie sich seinem politischen Ideal, dem Rechtszustand, widmete, bestimmten ihn, gerade der Behebung dieser Mängel seine Tatkraft zuzuwenden. Diese Mängel entsprangen im wesentlichen der Unterschätzung des Charakters für die Politik, einer Unterschätzung, die einen wesentlichen Grund hat in der rein ökonomischen Begründung des Klassenkampfes, wie sie der historische Materialismus liefert und die Nelson selber durch die ethische Begründung dieses Kampfes ersetzt hatte. Mit dieser Leistung, die den Sozialismus gegen die billigen Einwände schützt, die die „Advokaten des Faustrechts" gegen den „Marxismus" und damit gegen den Sozialismus erheben, hatte Nelson den Sozialismus recht eigentlich zur wissenschaftlichen Theorie erhoben. Die praktische Konsequenz aus dieser wissenschaftlichen Leistung war die Sorge für die Heranbildung geeigneter Charaktere für die Politik, die ihn schließlich dazu bewog, eine eigene Schule und eine selbständige politische Organisation aufzubauen.

Die Arbeiterklasse hat keinen Führer in Deutschland, der ihn an wissenschaftlicher Klarheit, willensmäßiger Tapferkeit und menschlicher Größe übertraf.

Arthur Kronfeld.

Die Wissenschaft des Sozialismus — eine Charakterfrage.

„... angesichts der Zertrümmerung einer ganzen Gesellschaftsordnung" „mit einer Ehrenrettung der menschlichen Vernunft hervorzutreten" — mit diesen seinen eigenen Worten läßt sich das gesamte Lebenswerk Leonard Nelsons kennzeichnen. Er hat jene Worte geschrieben, als er während des Krieges nach der Vollendung der wesentlichen Stücke seines philosophischen Systems dazu überging, den Schritt zur Praxis zu tun, als er nach Ueberwindung „kaum zu beschreibender Schwierigkeiten" bei der Begründung des Rechtsgesetzes an die schwerere Aufgabe ging, „den Menschen zu finden, der bereit ist, mit ihm ernst zu machen".

Dieses Werk der Ehrenrettung der Vernunft erforderte die Kraft, gegen den Strom zu schwimmen.

Gegen den Strom der Nationalisten und Imperialisten, denen das Wort „Recht" zu nichts anderem dient als zur Bemäntelung bloßen Machtstrebens.

Gegen den Strom des Kirchenglaubens, der das Gefühl von Pflicht — seinem vernünftigen Ursprung zum Hohn — umbiegt, um die Menschen unter eine äußere Autorität zu beugen.

Gegen den Strom des Skeptizismus und des Relativismus aller Schattierungen, gegen die überlegen tuende Philosophie derer, die unter Berufung auf die Maßstäbe exakter Wissenschaft den unverbildeten Glauben an eine sittliche Wahrheit als „Ideologie des achtzehnten Jahrhunderts" abtun.

Gegen den Strom der Wissenschaftlichkeit vom historischen Materialismus, in der die Regungen der menschlichen Vernunft zu Reflexen der ökonomischen Verhältnisse herabgewürdigt werden,

Gegen den Strom der Demokraten, für die es gegen die Zufälle von Mehrheitsentscheidungen eine Berufung auf Vernunftgründe nicht gibt.

Als Nelson gegen alle diese Strömungen seiner und unserer Zeit sein Werk in Angriff nahm, stand er damit allein.

Zu diesen äußeren Widerständen kamen tiefliegende innere Schwierigkeiten, die in der Natur jenes Unternehmens begründet sind. Es läuft darauf hinaus, das menschliche Leben, das persönliche und das gesellschaftliche, nach den Anforderungen der Vernunfterkenntnis zu gestalten. Welches sind diese Anforderungen? Die Erfahrung: das Studium der gesellschaftlichen Entwicklung läßt uns hier gänzlich im Stich. Denn durch keine noch so genaue Untersuchung dessen, was ist, läßt sich etwas darüber ausmachen, was sein soll. Wir urteilen zwar: Dies oder jenes soll sein oder soll nicht sein; die kapitalistische Ausbeutung z. B. soll nicht sein. Aber wenn wir aufgefordert werden, über die Gründe eines solchen Urteils Rechenschaft abzulegen, so befinden wir uns zunächst in Verlegenheit. Das Rechtsgefühl, das uns bei solchen Urteilen leitet, ist nicht von Haus aus so klar, daß wir es in Begriffen wiedergeben könnten. Die Vernunfterkenntnis, die sich in ihm und in den rechtlichen Beurteilungen einzelner Fälle anmeldet, ist ursprünglich dunkel. Es bereitet außergewöhnliche Schwierigkeiten, jene Vernunftserkenntnis durch ein besonderes wissenschaftliches Verfahren zu klären und damit die allgemeine Wahrheit freizulegen, die dem einzelnen Urteil (dies oder jenes soll nicht sein) zu Grunde liegt. Von diesen besonderen Schwierigkeiten sind die Wissenschaften, die sich im Bereich der Erfahrung bewegen, völlig frei.

Jene Schwierigkeiten, die der Erforschung der vernünftigen Maßstäbe unseres Handelns entgegenstehen, sind um so größer, als sich hier leicht unsachliche Interessen einmischen und die Forschung trüben. Denn es handelt sich hier um Erkenntnisse, die praktische Konsequenzen nach sich ziehen — Konsequenzen, die man nicht immer gern anerkennt. Es besteht also die Versuchung, die Wahrheit zu verfälschen, um solchen Konsequenzen auszuweichen.

Mehr als das Schwimmen gegen den Strom der Zeitgenossen sind es diese inneren Schwierigkeiten, aus deren Erfahrung Nelson über die Anforderungen, die solche Forschung stellt, folgendes Urteil fällte:

„... die Spannkraft, sich die Aufgabe immer von neuem zu stellen, bis zum Ziel bei ihr zu beharren und nicht vor dem zersetzenden Zweifel zu kapitulieren, — diese Spannkraft ist nur die Kraft eines stählernen Willens ... ."

So ist die Wissenschaft vom Sozialismus eine Charakterprobe, an der diejenigen versagen, die — mit Platons Worten —

„mit der Philosophie nicht wahrhaft verwachsen sind, sondern sich in dem nur äußerlichen Farbenschimmer bloßer Meinungen gefallen, gleichend den Leuten, deren Körper von der Sonne gebräunt ist: wenn sie den Umfang des Wissensgebietes und das hohe Maß der erforderlichen Anstrengung gewahr werden und sehen, daß die streng sittliche Lebensweise die einzig für diese Aufgabe passende ist, so erscheint ihnen die Sache schwierig und über ihre Kräfte hinausliegend."

Den langwierigen Kampf mit allen diesen Schwierigkeiten hat Nelson auf sich genommen und in einer Zeit zu Ende geführt, die nach Praxis drängte: in den ersten Jahren des Krieges. Er brachte diese Resignation auf, weil der Stand des wissenschaftlichen Sozialismus, so wie er ihn vorfand, entscheidende und, wie 1914 zeigte, für die Praxis katastrophale Mängel aufwies. Für eine Praxis auf solcher Grundlage wollte Nelson die Verantwortung nicht übernehmen.

Sobald er die wissenschaftliche Klärung hinreichend weit getrieben hatte, tat er den Schritt in die Praxis: 1917 erfolgte die Gründung des Internationalen Jugend-Bundes, aus dem später der ISK (der Internationale Sozialistische Kampfbund) hervorgegangen ist.

Für den Aufbau dieser Partei ergeben sich bereits aus der einen Voraussetzung, *daß* in der Vernunft die für jeden Menschen bei hinreichender Anstrengung erkennbaren Maßstäbe zur Entscheidung grundsätzlicher politischer Fragen liegen, weittragende Konsequenzen. Willkürliche Entscheidungen, sei es von oben, sei es von unten, haben in ihr keinen Platz. Abstimmungen sind aus ihr verbannt: Ohne vorausgehende wissenschaftliche Untersuchung würden sie Willkür bedeuten; nach einer solchen Klärung aber sind sie überflüssig. Wer entscheidet also? Der soll entscheiden, der über die zu einer wissenschaftlichen Entscheidung hinreichende Schulung und über die dazu erforderliche Unbestechlichkeit verfügt. Solche Funktionäre auszulesen, ist eine Sache der wissenschaftlichen Ausbildung und der methodischen Festigung des Charakters.

Gustav Heckmann.

Leonard Nelson und Konfuzius.

Ein chinesischer Schüler Nelsons sagte mir einmal, dieser veranstalte zur Zeit Abende mit Chinesen, in denen über das Buch von Ku Hung Ming „Vox clamantis" gesprochen wurde.

Ich besuchte später diese Kurse. Zu Beginn wurden Sprüche von Konfuzius vorgelesen. Ja, Nelson liebte die Worte des Konfuzius. Er führte sie aber nicht nur im Munde, bei ihm wurden diese Worte in die Tat umgewandelt.

In einem Gespräch zwischen Nelson und einem seiner chinesischen Schüler sagte dieser: „Es ist richtig, daß Ihre Methode, das Philosophieren zu lehren, viel besser ist als die Paukmethode, die Nachteile und Fehler des Paukens kommen bei Ihnen nicht vor. Aber Ihr Denken ist zu genau, Ihre Worte sind zu scharf, sodaß ich aus Angst und Vorsicht nicht zu sprechen wage." Nelson lächelte und antwortete mit einem Ausspruch von Konfuzius: „Die Begriffe müssen richtig gestellt werden. Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeiht Moral und Kunst nicht ..."

In einer Berliner Versammlung, in der über Demokratie gesprochen wurde, hatte Nelson auf das Beispiel des alten chinesischen Staates hingewiesen, in dem die Staatsmänner nicht demokratisch gewählt, sondern durch sorgfältige Erziehung auf ihr Amt vorbereitet und durch Prüfungen ausgelesen wurden. Auf den Einwand: „In China mag das möglich gewesen sein; bei uns fehlen die Weisen, die Konfuzius den Chinesen erzogen hat", antwortete Nelson: „Holen wir ein paar aus China hierher! Wenn wir sie holen, so werden sie bereit sein zu kommen, und sie werden ihrer Aufgabe gewachsen sein. . . . Aber Sie werden meinem Rat nicht folgen; Ihr europäischer Hochmut hindert Sie daran."

Was war es, das Nelson an der Lehre des Konfuzius und seiner Schüler so schätzte? Ich nenne einige der Aussprüche, die er liebte:

„Ein Lernender kann nicht sein ohne großes Herz und starken Willen; denn seine Last ist schwer, sein Weg ist weit. Die Sittlichkeit, die ist eine Last: ist sie nicht schwer? Im Tode erst ist er am Ziel: ist das nicht weit?"

"Ein Edler, der von der Sittlichkeit läßt, entspricht nicht dem Begriff des Edlen. Der Edle übertritt nicht während der Dauer einer Mahlzeit die Gesetze der Sittlichkeit. In Drang und Hitze bleibt er unentwegt dabei, in Sturm und Gefahr bleibt er unentwegt dabei."

Hier begegnete Nelson dem Grundgedanken, der ihn selber im Aufbau seiner Ethik leitete, daß ohne Sittlichkeit das Leben der Menschen keinen Wert hat. Aber was ist der Inhalt der Sittlichkeit? Welchen Maßstab soll man anwenden, um zu beurteilen, ob eine Handlung sittlich ist?

Die chinesische Sprache bietet einen Hinweis darauf. Das chinesische Wort „Sen", das häufig mit Sittlichkeit übersetzt wird, ist zusammengesetzt aus zwei Worten, die „zwei" und „Mensch" bedeuten. „Sittlichkeit" hat also etwas zu tun mit den Beziehungen der Menschen untereinander.

„Was den Sittlichen anlangt, so festigt er andere, da er selber wünscht, gefestigt zu sein, und klärt andere auf, da er selber wünscht, aufgeklärt zu sein. Das Nahe als Beispiel nehmen können (nach sich selber die anderen zu beurteilen verstehn), das kann als Mittel zur Sittlichkeit bezeichnet werden."

Es sprach jemand: „Durch Güte Unrecht zu vergelten, wie ist das?" Der Meister sprach: „Womit soll man dann Güte vergelten? Durch Geradheit vergelte man Unrecht, durch Güte vergelte man Güte."

Es sind vor allem drei Punkte in diesem Gedanken, die von Nelson aufgegriffen und weitergeführt worden sind:

Um die eigenen Pflichten zu bestimmen, ist es nötig, sich vertraut zu machen mit den Interessen aller derer, mit denen man in Berührung kommt. Und zwar nicht nur mit ihren sinnlichen Interessen, sondern — und das ist das Zweite, was Nelson mit Konfuzius verbindet — vor allem mit solchen Interessen, wie dem an der inneren Festigung und dem an der eigenen Aufklärung, die der Vernunft des Menschen entspringen. Endlich: Konfuzius verlangt nicht ein einfaches Nachgeben gegenüber den Interessen der anderen; er kennt nicht nur die Güte, sondern auch die Geradheit.

Worin diese Geradheit besteht, wird allerdings bei Konfuzius nicht restlos klar. Den Maßstab, nach dem die Interessen im Konfliktsfall gegen einander abgewogen werden sollen, nennt er nicht. Hierin geht Nelson über ihn hinaus. Er hat diesen Maßstab aufgestellt und begründet. Es ist der der Gerechtigkeit.

Ein weiterer enger Berührungspunkt zwischen Konfuzius und Nelson ist ihr Verhältnis zur Politik.

„Wer nur darauf bedacht ist, sein eigenes Leben rein zu halten, der bringt die großen menschlichen Beziehungen in Unordnung. Damit, daß der Edle ein Amt übernimmt, tut er seine Pflicht."

Auch Nelson hat ein politisches Amt übernommen. Er hat seine wissenschaftliche Arbeit zurückgestellt, um eine politische Arbeit aufzubauen. Denn er hatte es als die Pflicht jedes Gebildeten erkannt, gegen das Unrecht, das in der Gesellschaft herrscht, zu kämpfen.

Chi-yin-Chen.

Aus Gesprächen mit Leonard Nelson.

Wir geben im folgenden einige Aussprüche wieder, die Nelson im Verlauf von Gesprächen gemacht hat. Sie zeigen etwas davon, welchen Kräften er selber die Aufgaben anvertraute, deren Notwendigkeit er erkannt hatte, vor allem die dringendste von ihnen: die der rechtlichen Gestaltung des öffentlichen Lebens.

Politik und Charakter.

„Wenn eine Arbeit nicht klappt, so ist das zurückzuführen entweder auf Mangel an Ehrlichkeit oder auf Mangel an Mut oder auf Mangel an Fleiß."

*

Nelson hatte, wie schon oft, darauf hingewiesen, daß es mehr auf den Charakter der Mitarbeiter ankomme als auf ihre Intelligenz. „Mit Dummheit allein kann man es allerdings auch nicht machen!"

*

Zu einem Zögernden: „Sie überschätzen die Länge des Lebens noch!"

*

Ein Korpsstudent, der Nelsons Rede „Erziehung zum Führer" gelesen hatte, suchte Nelson auf, um ihn zu fragen, wie er sich am besten zum Führer ausbilden könne. Nelson lenkte das Gespräch auf die Trinkgelage der Korpsstudenten: „Da fangen Sie an! Trinken Sie keinen Alkohol mehr!"

*

Nelson sprach mit einem Schüler, H., über die Notwendigkeit, an der politischen Arbeit einer Partei teilzunehmen. H. wehrte sich gegen diese Forderung; er wies darauf hin, daß die vorhandenen Arbeiterparteien zu weit von dem Ideal einer solchen Partei abwichen.

Nelson: „Wir können nicht eine ideale, sondern nur eine der gegebenen Parteien wählen. Die Speisekarte wird Ihnen vorgelegt."

H.: „Ja, wenn der Kellner mir aber ein faules Ei bringt, dann sage ich ihm: Nehmen Sie es wieder mit."

Nelson: „Sehr gut, der Vergleich mit dem faulen Ei! Wenn Sie aber vor dem Verhungern stehen, werden Sie auch das faule Ei essen."

Kirche und Schule.

In einem Gespräch über den Reichsschulgesetzentwurf von 1925: „Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, dann habe ich nichts mehr in Deutschland zu suchen."

*

„Der Aufenthalt in einem gesunden Landheim ist für die Schüler kein Ersatz für die ihnen ausgetriebene Ehrlichkeit."

*

Ein bulgarischer Schüler Nelsons klagte darüber, daß die Menschen auf dem Balkan sehr undiszipliniert seien in ihrer Arbeit. Er erwähnte die manchmal unvernünftige Hartnäckigkeit dieser Menschen, wodurch sie am meisten eine vernünftige politische Arbeit störten. Nelson wies ihn zurück: **„Diese Menschen sind noch nicht verbildet; sie lassen sich noch erziehen. Mit ihnen kann man noch arbeiten, weil sie noch denken lernen können."**

*

Ein akademisch vorgebildeter Teilnehmer eines Kurses hatte ein viel schlechteres Protokoll angefertigt als ein Teilnehmer, der nur Volksschulbildung besaß. Nelson darauf:

„Wie könnte das anders sein? Dieser zweite hat doch einen ungeheuren Vorteil. Er ist nicht durch Bildung verdorben worden."

*

Nelson, im Gespräch über einen bekannten Theologen: „Es scheint ja ein ganz feiner Mensch zu sein. Schade nur, daß er die verrückten Bücher schreibt. Die kann ja kein Mensch verstehen."

*

Ein Schüler des Angegriffenen: „Er weiß wohl, daß seine Worte die Sache, um die es ihm geht, nicht treffen. Aber darum kann er doch nicht über sie schweigen!"

Nelson (trocken): „Da soll er sich etwas beherrschen."

*

Nelson hatte während eines Kirchenkonzertes sich lange vergeblich bemüht, seine Beine zwischen den engen Kirchenbänken bequem unterzubringen.

„Diese Bänke sind nicht für so lange Beine eingerichtet. — Schon ein Grund, um aus der Kirche auszutreten!"

Historischer Materialismus.

„Die Russen bilden sich ein, Materialisten zu sein; sie sind Idealisten sich selber zum Trotz."

*

In einem Gespräch Nelsons mit dem Freidenker-Propagandisten Amon hatte Nelson darauf hingewiesen, daß man mit Aufklärungsarbeit allein die Macht der Kirche nicht brechen könne; es müssen politische Arbeit hinzukommen.

Amon: „Es muß eben jeder tun, was ihm liegt. Der Amon muß Aufklärungsarbeit machen. Der Nelson muß Politik treiben."

Nelson zeigte auf seine an der Wand hängenden Zeichnungen: „Das ist das, was ich meiner Natur nach tun ‚muß'."

Das Recht der Tiere.

Nelson saß mit einer Pazifistin zusammen in einem Café. Sie bestellt sich Bouillon.

Nelson: „Ich dachte, Sie seien Pazifistin?"
Die Bestellung wurde sofort zurückgenommen.

*

Dem Protokollführer einer von Nelson geleiteten Aussprache lief während der Arbeit eine kleine Spinne über das Papier. Er wollte sie entfernen.

Nelson, seine Ausführungen unterbrechend: „Töten Sie doch das Tier nicht."

Nazis marschieren in Berlin.

Untern Linden, Untern Linden — ist Bannmeile.

Rpt. Nur durch Verwirrung der Köpfe mit allen Mitteln der Propaganda können die NS es verhüten, daß ihre Wähler ihnen am 31. Juli die Taten der Papen-Regierung anrechnen. Laut Vereinbarung mit den NS ist der Reichstag aufgelöst worden, ist die SA wieder erlaubt worden. Beides ist der Preis dafür, daß die Regierung Papen von den NS toleriert wird. — Wie kann man diesen klaren Tatbestand verdunkeln? Das war das große Problem für den Reklametechniker der Partei, Herrn Josef Goebbels. Er löste es so:

Die SA hatte verlangt, im Anschluß an ihre Lustgarten-Demonstration vom Sonnabend durchs Brandenburger Tor zu marschieren. In der Siegesallee sollte der „Führer" die Parade abnehmen. (Er hätte dabei übrigens zwischen den Marmorgestalten in der Siegesallee einen angemessenen Platz bezogen!) Gayl hat diese Demonstration nicht zugelassen; denn sie wäre durch die Bannmeile gegangen, und innerhalb der Bannmeile um den Reichstag sind Demonstrationen bekanntlich allgemein verboten — auch Goebbels weiß das natürlich! —.

So haben die NS sich den Anlaß geschaffen, gegen Gayl zu toben, und der gewandte Reklamechef Goebbels hat die Front gegen Gayl bezogen — für den Wahlkampf! Ihm ist dabei allerdings ein kleiner Fehler unterlaufen: Bis Sonnabend nachmittag hat er die „neue Linie" seinem Mitredner noch nicht genügend eingehämmert. So fiel Graf Helldorf, der Berliner SA-Führer, aus der Rolle mit der richtigen Behauptung:

Wenn die SA nicht wäre, dann wäre Gayl nicht an seinem Platze.

•

Die Demonstration im Lustgarten am Sonnabend abend enthüllte deutlich die Schwäche der NS in Berlin. Nach nationalsozialistischen Angaben waren 25 000 SA-Leute auf dem Platze, übrigens längst nicht alle in den braunen Notverordnungsjacken. Sie waren aus weiter Umgebung zusammengezogen worden. Hugenbergs Telegraphen-Union verbreitet die Nachricht: Von ‚polizeilicher Seite' wird die Beteiligung an dem Aufmarsch als stärker als beim Aufmarsch der Eisernen Front bezeichnet. Das ist purer Unsinn: Die Beteiligung war sogar geringer als bei der KP-Demonstration am Sonntag vor acht Tagen. Im eigentlichen Lustgarten konnte man fast an allen Stellen bequem spazieren gehen. Ebenso auf der Schloßfreiheit; dort standen überhaupt nur Neugierige, keine Demonstranten. Der Platz zwischen Schloß und Lustgarten war einigermaßen voll, aber auch nur dadurch, daß die SA-Kolonnen in lockeren Reihen aufgestellt waren. Vor dem Museum war es dagegen zum Beispiel völlig leer; einsam stand dort eine Kolonne SA, weit auseinandergezogen.

•

Als erster Redner erklärte Graf Helldorf unter anderem: **Wir Nationalsozialisten haben von vornherein erklärt, daß wir die neue Regierung nach ihren Taten beurteilen würden. Jetzt halten wir den Tag für gekommen, um zu sagen, was wir für richtig halten.** Reichskanzler von Papen hat in unbegreiflicher Schwäche in Lausanne Vorschläge gutgeheißen, die wir Nationalsozialisten niemals gutheißen würden. Das **außenpolitische Versagen dieses Kabinetts wird in den Schatten gestellt durch die innerpolitischen Regierungskunststücke des Ministers von Gayl. Man hat nichts dagegen unternommen, daß die SA-Männer auf das gemeinste verleumdet werden. Man hat behauptet, ihre Uniformen würden von den Geldern bezahlt, die man den Kriegerhinterbliebenen und Rentnern gekürzt habe.** Wir machen diesen Minister verantwortlich für jeden verwundeten und getöteten SA-Kameraden. Nur seiner Schwäche ist es zu danken, daß wir in kurzer Zeit in Berlin zwei Tote und 50 Schwerverletzte zu verzeichnen haben.

Die SA wollte jetzt nach jahrelangem und verzweifeltem Ringen endlich einmal über die Linden ziehen, am Denkmal Friedrichs des Großen, des ersten Nationalsozialisten (!), ihre Standarten und Fahnen senken und im Vorbeimarsch dem obersten Führer ihren Gruß entbieten. Diesen geplanten Vorbeimarsch hat der Minister von Gayl verboten. Wir haben nach jahrzehntelangen Kämpfen keine Veranlassung, das braune Ehrenkleid des neuen Deutschland in Nebenstraßen zu verstecken. Wir wollen alles oder nichts. Deshalb ist der SA-Appell abgesagt worden. Wir werden aber durch das Brandenburger Tor marschieren (die Menge johlte Beifall, ehe sie den folgenden Wenn-Satz hörte!), — wenn Deutschland von Nationalsozialisten regiert wird.

Wir verlangen, daß dieses Ministerium der nationalen Ohnmacht einem Kabinett von deutschen Kämpfern Platz macht, und daß Minister von Gayl von seinem Posten verschwindet.

Goebbels warf der Regierung Papen vor, sie sei eine kleine Clique, die sich nicht auf das Volk stützen könne. (Als wenn nicht Goebbels das nationalsozialistische „Volk" in die heimliche Koalitionsehe eingebracht hätte!)

Er wirft Papen vor: Er hat es nicht gewagt, in Lausanne zu erklären, daß wir nicht mehr bezahlen, weil wir nicht mehr bezahlen können und es auch nicht wollen. Wir haben genug bezahlen können und es auch nicht wollen. Wir haben genug bezahlt, und wir wollen, daß Deutschland vor allem von dem Makel der Kriegsschuld freigesprochen wird. Wenn die Welt dieser Forderung Widerstand leistet, so werden wir den Versailler Vertrag für null und nichtig erklären. (In Berlin, im Lustgarten, läßt sich das natürlich leicht sagen. Sein stiller Bundesgenosse hatte in Lausanne die schwerere und undankbarere Rolle zu spielen!)

Goebbels richtete sich natürlich nicht nur gegen Papen, sondern auch gegen die „Marxisten". Die drei Pfeile der Eisernen Front bekamen dabei in theatralischer Rede die Namen Max, Leo und Willi Sklarek.

•

Was es mit dem von Goebbels zitierten Wort: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!" auf sich hat, ließ sich beim Rückmarsch der braunen Mordkolonnen beobachten.

Ich begleitete die Kolonne, die durch Breite, Dresdener und Oranienstraße zum Lausitzer Platz zog. Die „Eiserne Front" hatte die Parole ausgegeben: „Haltet euch von der Straße fern, schließt die Fenster." Tatsächlich waren *viele* Menschen auf der Straße; die NS-Freunde waren dabei, je mehr der Zug nach Südosten kam, in immer größerer Minderheit. Auch in den Fenstern viele Arbeiter.

Ohne riesiges Schupoaufgebot wäre der Zug kaum zum Ziele gekommen. Autos mit Schupos vorn, an der Seite und hinten. Zur Seite noch Schupos zu Fuß und zu Pferde, so marschierten die braunen Söldlinge in wenig imponierenden Dreierreihen als schmale Schlange auf dem von der Polizei möglichst frei gehaltenen Fahrdamm. Im Südosten marschierten sie durch eine Mauer der Verachtung. Sie wurden begrüßt mit: „Hitler verrecke!" „Nieder mit der braunen Pest!" Doch setzte sich auch in den Arbeiterstraßen der Gesang der Mörderlieder leider *völlig* durch. (Aehnliches berichten Augenzeugen aus anderen Stadtteilen.) Als einzelne Kolonnen den Lausitzer Platz verließen, der ganz gesperrt war, obwohl die SA bei ihrer Schlußaufstellung bequem in einer Ecke Platz fand, wurde ihr Gesang endlich wirklich niedergeschrien, durch organisierte Sprechchöre: „Hitler verrecke!"

Was hätte eine einige Arbeiterschaft legal tun können?

Während die Redner am Lustgarten sprachen, hörten wir fünf Mal eine Sirene heulen. Wir hoffen, das war kein Zufall. Der „Zufall" hätte aber weit besser organisiert werden müssen.

Kommunisten hatten an manchen Stellen Sprechchöre organisiert. In dieser Richtung hätte viel mehr geschehen müssen.

In den Arbeiterstraßen hätte kein Wort der blutrünstigen Lieder zu hören sein dürfen.

Alle Mittel zur Lärmerzeugung, die den Abgeordneten aus ihrer parlamentarischen Erfahrung geläufig sind, hätten hier eingesetzt werden müssen. Dann hätten die braunen Gesellen noch weit deutlicher gefühlt: Die Arbeiter Berlins wollen sie nicht hören.

Einheitskongreß der „Antifaschistischen Aktion."

F. G. Die Propagandawoche der „Antifaschistischen Aktion" ist am Sonntag durch den „Einheitskongreß gegen den Faschismus für Berlin—Brandenburg—Lausitz—Grenzmark" in der Philharmonie eingeleitet worden.

Das Referat Thälmanns brachte nichts Neues über die Einheitsfrontpolitik der KPD. „Wer sagt: laßt das Vergangene zwischen den Arbeiterparteien begraben sein, der schlägt heute der Arbeiterklasse die Waffe aus der Hand." Gerade das Gegenteil dieses Ausspruches ist richtig. Denn Thälmann sagt selber: **Antifaschistische Aktion bedeutet: am 31. Juli für eine Millionen-Stimmabgabe gegen das herrschende System zu sorgen." Daß der so viel geforderte außerparlamentarische Kampf, die Schaffung von Selbstschutzorganisationen in Gemeinschaft und unter Verständigung mit der SPD- und ADGB-Führung darüber hinaus auch noch verwirklicht werden kann und auch verwirklicht werden muß, daß ist für jeden nicht verrannten Menschen selbstverständlich.** Trotzdem beherrschte die sture Ablehnung der Forderung, den gegenseitigen Bruderkampf jetzt wenigstens einzustellen, diesen „Einheitskongreß", obwohl eine ganze Reihe SPD-Mitglieder sprachen. Fast mechanisch wurde immer wieder die Formel wiederholt: **Die Einheitsfront muß im Kampfe entstehen. Um die entscheidende Frage: ob denn der Kampf überhaupt *in hinreichend umfassendem Maße rechtzeitig* zustande kommt, darum sorgte sich niemand auf diesem Kongreß. Auch der SAP-Vertreter nicht, der dort zu Worte kam. Ein nach ihm folgender kommunistischer Redner gab** bekannt, daß die SAP eine Entschließung eingebracht hätte, in der sie eine Verständigung mit dem Parteivorstand der SPD fordere. Der SAP-Redner Seigewasser hat davon kein Wort erwähnt.

Es sprachen mehr als zehn Sozialdemokraten auf diesem Kongreß, von denen man nicht den Eindruck hatte, daß sie nur Strohmänner waren. Besonders die persönliche Unterhaltung mit ihnen vermittelte den Eindruck, daß man es mit ganz echten sozialdemokratischen Genossen zu tun hatte. Der von den Kommunisten aufgeführte „Tonfilm", von dem der „Vorwärts" am Sonnabendabend geschrieben hatte in bezug auf die 21 sozialdemokratischen Genossen, die bei Thälmann waren, ist tatsächlich kein „Tonfilm", davon sind wir überzeugt worden. Die SPD und auch die Gewerkschaften werden also gut tun, diese Erfolge der kommunistischen Einheitsfrontpolitik zur Kenntnis zu nehmen. Die SPD-Delegierten erzählten aus ihren Erfahrungen mit der Einheitsfrontpolitik, und diese waren für die SPD nicht schmeichelhaft; wir können uns allerdings auch einen Einheitsfrontkongreß der „Eisernen Front" denken, auf dem Kommunisten aus ihren Erfahrungen für die KPD ebenso wenig schmeichelhafte Mitteilungen machen könnten.

Es liegt nach wie vor bei den Genossen aller Richtungen (KP, SP und ADGB), endlich eine fruchtbarere Einheitsfrontpolitik einzuleiten, als sie z. B. hier von der KP versucht wird.

Die Kriegsschulden-Klausel.

Papen hatte in seiner Rundfunkrede gerühmt, daß es ihm gelungen sei, die Verbindung von der Reparationsregelung mit der Frage der interalliierten Kriegsschulden zurückzuweisen; das Lausanner Abkommen enthalte keine derartige Bedingung. Das schien das einzige Zugeständnis zu sein, das man ihm wirklich gemacht hatte.

Auch dieses Zugeständnis liegt, streng genommen, nicht vor. Artikel 1 der bisher noch nicht bekanntgegebenen „Uebergangsmaßnahmen betreffend Deutschland" lautet:

„Die Wirksamkeit der Fünf-Mächte-Erklärung vom 16. Juni, die die Suspendierung der politischen Zahlungen bis zum Ende der Konferenz vorsah, wird bezüglich der von Deutschland auf Grund des Haager Abkommens, des Londoner Protokolls und des Berliner Protokolls (Hoover-Annuität) zu leistenden Zahlungen verlängert.

Diese Verlängerung endet, wenn das in Lausanne mit Deutschland geschlossene Abkommen in Kraft tritt oder wenn irgend eine Regierung der folgenden Länder: Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan den beteiligten Mächten anzeigt, daß sie beschlossen hat, nicht zu ratifizieren."

•

Von Amerika ist in dieser Klausel allerdings nicht die Rede; aber die Schuldner Amerikas behalten hiernach die Möglichkeit, im Fall einer Absage Amerikas das Lausanner Abkommen nicht zu ratifizieren — und gerade das war die Bedingung, die Frankreich in die Lausanner Regelung aufnehmen wollte.

In der Nachtsitzung vom Freitag, also *nach* der entscheidenden Einigung über das Abkommen und *vor* seiner offiziellen Unterzeichnung, hat Papen in einer Konferenzsitzung die Frage gestellt, was geschehen werde, wenn es nicht zur Ratifikation des Lausanner Paktes komme. Er hat darauf von MacDonald nur die mündliche und wenig befriedigende Zusicherung erhalten, daß dann eine neue Konferenz einberufen werden solle.

Urteil im Sprengstoffprozeß:

54 Jahre 6 Monate Zuchthaus; 13 Jahre, 3 Monate Festung.

Am Sonnabend wurde im Sprengstoffprozeß, der gegen „Kommunisten" vor dem Reichsgericht geführt wurde, das Urteil verkündet. Es wurden folgende Freiheitsstrafen verhängt (in Klammern die Strafanträge des Oberreichsanwalts):

für Bethmann sieben (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Michaelis sechs (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Rakow sechs (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Börner sechs (acht) Jahre Zuchthaus;
für Ueberbrück acht (zwölf) Jahre Zuchthaus;
für Finke vier (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Hoffmann vier (fünf) Jahre Zuchthaus;
für Rabenmüller vier (sechs) Jahre Zuchthaus;
für Blumentrit zwei Jahre sechs Monate (fünf Jahre) Zuchthaus;
für Arnold zwei (vier) Jahre Zuchthaus;
für Ernst Winkler zwei (drei) Jahre Zuchthaus;
für Dorn ein Jahr sechs Monate (vier Jahre) Zuchthaus;
für Korn ein Jahr sechs Monate (drei Jahre) Zuchthaus;
für König drei Jahre Festung (8 Jahre Zuchthaus);
für Meister ein Jahr neun Monate (zwei Jahre) Festung;
für Brandt ein Jahr sechs Monate (zwei Jahre) Festung;
für Schade ein Jahr sechs Monate (zwei Jahre) Festung;
für Postel ein Jahr sechs Monate (zwei Jahre) Festung;
für Döpping ein Jahr drei Monate (ein Jahr neun Monate) Festung;
für Alwin Winkler ein Jahr drei Monate Festung (zwei Jahre Zuchthaus);
für Schuhmann ein Jahr (drei Jahre sechs Monate) Festung;
für Timm sechs Monate (drei Jahre) Festung;
Gloth (acht Jahre Zuchthaus) und Hollmann (drei Jahre Zuchthaus) wurden freigesprochen.

Gesamtbericht über den Prozeß folgt.

Der neue Arbeitszweig des Vierten Strafsenats.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat am Sonnabend wieder über zwei Zeitungsverbote, die von Herrn von Gayl beantragt worden waren, entschieden:

Der „Donaubote" (Zentrum, Donaueschingen) soll zwar nicht, wie beantragt, auf fünf, aber auf drei Tage verboten werden.

Die sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht" wird auf fünf Tage verboten.

Unter Aufwendung eines Schwalls von Phrasen rufen die Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands e. V. zur Wahl auf: „Marxistischer Ungeist"; „zerstörende Klassenkampfagitation"; „selbstsüchtige Machtpolitik des Zentrums"; **„der nationale Aufbau . . . mit dem sozialen Aufbau verbunden"; „echte nationale und soziale Wiedergeburt".** Kurz und rund: evangelische Arbeiter, wählt Nazi!

Fünf Tage Verkehr — zehn Tote.

Nordhausen, 6. Juli. Ein Auto gerät in überschneller Fahrt wenige Kilometer von Nordhausen ins Schleudern, reißt zwei Bäume um und überschlägt sich. Ein Toter, fünf Verletzte.

Berin, 7. Juli. Zusammenstoß eines Autobus' mit einer Autodroschke in der Afrikanischen Straße. Ein Schwerverletzter.

München, 7. Juli. Ein Auto fährt auf einer Bahnüberführung gegen einen Beleuchtungsmast, durchbricht das Brückengeländer und stürzt auf das Bahngeleise. Der Fahrer ist tot.

Berlin, 8. Juli. Zusammenstoß zweier Autos im Westen. Zusammenstoß eines Autos mit einem Pferdefuhrwerk; der Besitzer des Fuhrwerks vom Kutschersitz geschleudert und tödlich verletzt.

Berlin, 9. Juli. In Lichterfelde Radfahrer von einem Autobus überfahren, dann gestorben. Im Südosten raste ein Ueberfallwagen der Polizei in einen Straßenbahnwagen; sechzehn Verletzte.

Basel, 11. Juli. Am Sonntag glitt ein mit 6 Personen besetztes Auto in Kanton Wallis von der anscheinend schlüpfrigen Straße ab und stürzte in die tiefe Schlucht. Fünf Personen waren auf der Stelle tot, die sechste erlag kurz darauf ihren Verletzungen.

Die öffentlichen Versammlungen

Berlin: Bezirk Neukölln: Mittwoch, den 13. Juli, 20 Uhr, Restaurant Boß, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Hörde: Dienstag, 12. Juli, 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Bollwerkstr. 40. Thema: Schaffung eines linken Wahlblockes von SPD bis KPD. Redner: Gen. Nora Block (Bochum).

Köln-Dellbrück: Mittwoch, 13. Juli, 20.15 Uhr, im Lokal Rinke, Berg.-Gladbacher Str. 1064. Thema: „Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?"

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabetufer 28/29.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Japan.

Um sich ein Bild machen zu können von der Kaufkraft der breiten Masse in Japan, sind Anhaltspunkte für die Einkommensverhältnisse dieser Verbraucher notwendig. Wir schreiben: Anhaltspunkte; denn es ist beinahe unmöglich, genügende und genaue Ziffern über die Löhne der japanischen *Arbeiter* zu erhalten. Ueber die Einkommensverhältnisse der japanischen *Kleinbauern* sind die Angaben in Nr. 148 des „Funken" zu finden.

Folgende Tabelle zeigt in *Golddollar* die Arbeitslöhne in Japan in typischen Unternehmungen verschiedener Industrien. Die Angaben beziehen sich allerdings noch auf das Jahr 1926, also auf die Zeit *vor* der Weltwirtschaftskrise.

Tageslohn der Arbeiterinnen.

	Zahl der erfaßten Fabriken	höchster Satz	niedrigster Satz	gewöhnlicher Satz
Keramik	11	2,00	0,25	0,50—0,90
Kupfergewinnung	2	0,65	0,25	0,45
Maschinenindustrie	3	—	—	1,25
Elektrische Industrie	3	0,84	0,30	0,60
Eisenwaren	3	—	—	0,40—0,65
Glas	3	1,00	0,50	—
Gummi	2	—	—	0,75—1,00
Streichhölzer	2	—	—	0,40
Rohseide	9	1,30	0.125	0,45—0,75
Baumwollspinnerei	3	1,25	0,30	0,60
Baumwollweberei	4	1,00	0,50	0,50—0,70
Wollverarbeitung	2	3,70	0,30	0,75—0,90
Druckereien	4	0,75	0.35	—
Papier	2	—	—	0,40
Brauereien	1	0,65	0,38	—
Bürsten	3	2,00	—	0,75

Tageslohn der Arbeiter.

Keramik	11	2,00	0,25	1,25
Kupfergewinnung	2	3,50	0,60	1,00—1,25
Maschinenindustrie	3	6,00	1,00	1,50—2,00
Elektrische Industrie	3	5,00	0,50	0,88
Eisenwaren	3	1,75	—	1,00—1,30
Glas	3	2,50	0,50	1,50
Gummi	2	—	—	1,00—1,25
Streichhölzer	2	—	—	0,75
Baumwollspinnerei	3	1,50	0,40	0,75—0,90
Baumwollweberei	4	1,50	—	0,65—0,70
Wollverarbeitung	2	3,70	—	0,75—0,90
Druckereien	4	3,00	0,50	0,75—2,40
Papier	2	2,00	—	0,60—0,90
Brauereien	1	1,75	0,45	0,95
Bürsten	3	—	—	1,25
Kohlenbergwerke	2	—	—	1,15—1,30

Auffallend sind die großen Unterschiede zwischen den angegebenen Höchst- und Mindestsätzen.

Zu diesen Löhnen kommen noch Zusätze in Form von freier Wohnung, Nahrungsmitteln, Kleidung und Aehnlichem. Natürlich würde der Arbeiter besser fahren, wenn er statt dieser „Zusätze" mehr Geld erhalten würde und sich selber die entsprechenden Bedarfsartikel kaufen könnte; so muß er mit dem vorliebnehmen, was der Unternehmer gut genug für ihn findet.

Werkswohnungen — Gefängnisse.

In der Textilindustrie beträgt die Zahl der in Werkswohnungen lebenden Arbeiter 61 Prozent, in der Nahrungsmittelindustrie 34, in der chemischen Industrie 9 und in der Maschinenindustrie 4 Prozent. Meist sind es *Frauen*, die in den Werkhäusern wohnen. Was das bedeutet, zeigt die Tatsache, daß diese

Frauen die Werkhäuser auch in ihrer Freizeit nur mit Erlaubnis der Werksleitung verlassen dürfen.

Gewöhnlich wird den Arbeiterinnen nur einige Male im Monat der Ausgang gestattet! Ein Fall wurde bekannt, in dem sogar die örtliche Gewerkschaft die Verantwortung für die rechtzeitige Rückkehr übernehmen mußte. Angeblich dient diese Einsperrung zum Schutz der jungen Arbeiterinnen vor den „Gefahren der Großstadt". Diese fürsorgliche Bevormundung hat für die Unternehmer den Vorteil, daß die Arbeiterinnen sich nicht politisch und gewerkschaftlich bilden und betätigen können!

Durchschnittlich betragen die Zusätze, über die der Arbeiter nicht frei verfügen kann, ein Drittel bis die Hälfte seines Lohnes (nach Angaben eines *Unternehmerverbandes* für das Jahr 1919).

Lehrlingsausbeutung.

In Japan ist die Hausindustrie mit ihrem *Lehrlingswesen* noch sehr entwickelt. Auch wird ein starker Lohndruck ausgeübt. Es gibt unzählige kleine Werkstätten, in denen nur sehr selten bezahlte Arbeitskräfte beschäftigt werden und die meiste Arbeit von Lehrlingen geleistet wird. Diese leben in der Familie des Meisters und erhalten nur hier und da etwas Taschengeld. In den Honjo- und Fukagawa-Bezirken von Tokio bestehen allein etwa 2000 solcher Werkstätten, in denen häufig bis zu 30 Lehrlinge unter diesen Bedingungen leben. Fast die ganze rein japanische Erzeugung wird von Lehrlingen angefertigt. So wird beispielsweise die japanische Kleidung von Schneidern hergestellt, die bis zu 100 Lehrlingen beschäftigen, von denen aber nur 10 Prozent einen Barlohn erhalten!

*

Das alles macht es uns verständlich, daß der

Lohn der japanischen Arbeiter oft bedeutend geringer ist als der von Arbeitern in anderen Ländern.

Ein amerikanischer Spinner bekommt 4—5 mal so viel Lohn als ein japanischer, ein Bergarbeiter in Japan erhält durchschnittlich ein Fünftel des Tagelohns eines amerikanischen Bergarbeiters. Dabei ist zu bedenken, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der amerikanischen Bergindustrie im allgemeinen schlecht und sklavenhaft sind.

Geringe Arbeitsproduktivität.

Allerdings ist andererseits die Produktivität der japanischen Arbeiter geringer als die amerikanischer oder europäischer Arbeiter. Ein amerikanischer Arbeiter bedient 2—6 Mal so viel Spindeln wie ein japanischer; die japanischen Spinnereien brauchen doppelt so viel Arbeiterinnen wie die italienischen, die japanischen Webereien 7 Mal so viel Weber wie die amerikanischen, und die tägliche Produktion eines amerikanischen Bergarbeiters ist 9 Mal so groß wie die eines japanischen. Diese Zahlen sind jedoch mit großer Vorsicht aufzunehmen. Denn die Produktion der japanischen Kohle ist viel schwieriger als die der amerikanischen, was durch die verschiedenen Gesteinsverhältnisse zu erklären ist. Außerdem wird im japanischen Bergbau noch ziemlich primitiv gearbeitet verglichen mit dem amerikanischen, in dem mehr moderne Maschinen Verwendung finden.

Dazu kommt die für männliche Arbeiter *unbeschränkte Arbeitszeit*, die den japanischen Arbeiter völlig erschöpft. Nur für Frauen und Minderjährige unter 16 Jahren ist die Arbeitsdauer auf 11 Stunden beschränkt, ebenso die Nachtarbeit, die für Arbeiter ebenfalls unbeschränkt ist. Die Zahl der Ruhetage beträgt 2 bis 4 im Monat. Also nicht einmal jeden Sonntag findet der Frondienst eine kurze Unterbrechung!

Daß die geringere Produktionsfähigkeit des japanischen Arbeiters hauptsächlich durch die übermäßige erschöpfende Arbeitsdauer bedingt ist, zeigen die Versuche in verschiedenen Werken, die

durch Kürzung der Arbeitsdauer eine wesentliche Steigerung der Produktivität erzielten!

Häufiger Arbeitswechsel — Agentenwesen.

Kein Wunder, daß unter solch grauenhaften Umständen die „Fluktuation" in der japanischen Industrie sehr groß ist: Es findet ein dauernder Wechsel statt. Der japanische Spinnereibesitzerverband stellte 1919 fest, daß 45 Prozent der Arbeiter in den Fabriken weniger als 1 Jahr bleiben, und nur 21 Prozent länger als 2 Jahre. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer beträgt 1 Jahr und 5 Monate.

Für 1925 berechnete das Regierungsbüro für soziale Angelegenheiten, daß in den Textilwerken 58 Prozent, in der Maschinenindustrie 42, in der chemischen 35, in der übrigen Industrie 65 Prozent der Arbeiterschaft jährlich ihre Arbeitsstätte wieder verlassen.

Aus diesem Grunde werden viele Industriewerke gleich auf dem Lande errichtet, um leichter Arbeitskräfte aus der Bauernbevölkerung heranziehen zu können. 1928 befanden sich zum Beispiel nur 43 Prozent der Baumwollspindeln in der Stadt. Das ist um so leichter zu bewerkstelligen, als es in Japan keine sogenannten „abgelegenen Gebiete" gibt, wie etwa in Deutschland. Der Landbau kann fast nur in den großen Tälern betrieben werden, die durch Eisenbahn und Flußschiffahrt gut erschlossen sind. Das ist auch ein Grund dafür, daß sich die Lebensansprüche der Bauern und Arbeiter in Japan schnell und weitgehend einander angeglichen haben.

Trotz der schlechten Aussichten bei der Arbeit in der Landwirtschaft und trotz der großen industriellen Reservearmee, die infolge der jährlichen Bevölkerungszunahme von rund 900 000 Menschen rasch wächst, hält es der japanische Arbeiter nicht lange in der industriellen Lohnsklaverei aus.

Zu frisch ist noch seine Erinnerung an die ländlichen Arbeitsverhältnisse, die zwar alles andere als leicht und einkömmlich sind, die ihm aber erträglicher erscheinen als die Verhältnisse in der städtischen Industrie.

Wie schnell würde die industrielle Reservearmee verschwinden, wenn es den japanischen Bauern gelingen würde, die Bodensperre aufzuheben!

Heute blüht das Agentenwesen in Japan. Auch hier bestehen große Mißstände zum Nachteile der Arbeiter. 3,5 Golddollar zahlte zum Beispiel eine Baumwollspinnerei in Osaka ihrem Agenten für jedes angeworbene Mädchen, neben dem Ersatz für Reisekosten und andere Ausgaben der Arbeiterinnen auf der Fahrt zur Fabrik. Nach den Schätzungen des Unternehmerverbandes der Baumwollindustrie von 1919 betrug die Werbungsprämie für die einzelne Arbeiterin 3—25 Golddollar. Es ist klar:

Der Arbeiter muß diese „Werbungskosten" zum größten Teile und in irgendeiner Form selber tragen.

So pflegen manche Werber den *Eltern* der Mädchen und jungen Männer, die sie anwerben möchten, große Geschenke zu machen, die den armen Opfern nachher vom Lohne abgezogen werden und oft 8 bis 12 Prozent des Lohnes ausmachen! Mit Versprechungen wird selbstverständlich nicht gegeizt, und bei der Schilderung der „paradiesischen" Arbeitsverhältnisse, deren wirkliches Gesicht wir vorhin kennenlernten, halten sich die Agenten in keiner Weise an die Wahrheit gebunden.

Die Forderungen: Koalitionsrecht und freier Zutritt zum Boden.

Wir sehen ganz deutlich: die Interessen von Bauern und Industriearbeitern sind auch in Japan durchaus *gleichgerichtet!* Beide Stände gehen dort mehr oder weniger in einander über. Nach *zwei Seiten* muß der Kampf geführt werden. Einerseits gilt es, die Bodensperre zu durchbrechen (vergleiche hierzu Nr. 148 des „Funken"), wodurch die Reservearmee der Lohndrücker aufgelöst wird und das Einkommen der Arbeiter wie der Bauern steigt. Dazu muß andererseits noch die Industriearbeiterschaft für Koalitionsfreiheit und menschenwürdige Arbeits- und Lohnverhältnisse Sorge tragen, was durch Erfolge im Kampfe gegen das Bodenmonopol wesentlich erleichtert wird. Beide Kampfmaßnahmen verstärken sich also gegenseitig in ihrer Wirkung und in ihrem Erfolg.

Wie die Dinge heute liegen, sind die von den japanischen Unternehmern diktierten Lohn- und Arbeitsbedingungen ein ernstes und warnendes Beispiel dafür, wie es der Arbeiterschaft in einem Lande mit keiner oder mit zu schwacher Gewerkschaftsbewegung geht! Trotz aller diesbezüglichen Rückschritte in den jüngsten Jahren fällt es manchem mitteleuropäischen Kollegen noch schwer, sich darüber eine richtige Vorstellung zu bilden.

R. Höll.

Afrikanische Neger auch heute noch in Sklaverei.

Für die Wirtschaft und die Unternehmen in Afrika ist nichts heute so wichtig wie eine gesunde Arbeiterschaft. **Doch sind die Lohnverhältnisse der dunkelhäutigen Arbeiter verglichen mit denen der europäischen Arbeitskräfte geradezu erbärmlich, vor allem infolge** der Bodensperre, über die wir in Nr. 133 ausführlich berichtet haben:

Der Durchschnittslohn des Negers beträgt in Ostafrika 30 Mark monatlich. Für die meisten Teile Afrikas wird das Mindestgehalt des Europäers auf 400 Mark geschätzt. Der Durchschnittslohn des europäischen Bergarbeiters in den südafrikanischen Goldbergwerken beträgt 800 Mark im Monat.

Ebenso erbärmlich und entwürdigend sind auch die gesetzlichen Arbeitsverhältnisse für die dunkelhäutigen Arbeiter.

SELIGO hat in seinem Buch „Afrika im Umbau" — erschienen im Urania-Freidenker-Verlag zu Jena, ein ausgezeichnetes Buch! — einige gesetzliche Arbeitsbedingungen für Hausangestellte in Deutsch-Ostafrika zusammengestellt, dem „humansten" aller afrikanischen Kolonialgebiete. Da heißt es zum Beispiel:

Geldstrafe von einem Monatsgehalt oder Gefängnisstrafe bis zu einem Monat:

wenn der Hausangestellte sich ohne Erlaubnis vom Arbeitsplatz entfernt,

wenn er sich während der Arbeit betrinkt,

wenn er auf einen Befehl des Herrn den Gehorsam verweigert;

Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 150 Mark:

wenn er als Hirt es unterläßt, den Tod eines ihm anvertrauten Tieres zu melden,

wenn er den Verlust eines ihm anvertrauten Gegenstandes verursacht.

Ich spreche hier nicht von den Grausamkeiten und Gemeinheiten der europäischen Vorkriegs-Kolonial-Politik; nicht von den 100 Millionen Menschen, die im Laufe der Jahrzehnte als Sklaven aus Afrika weggeschleppt wurden; nicht von den Tausenden und aber Tausenden, die beim Bahn- und Wegebau ihr Leben lassen mußten. Ich spreche hier nur von der heutigen modernen und „humanen" Kolonialpolitik. Hierüber sagt LONDRES:

„Afrika lebt also noch in der Sklaverei. . . . In Afrika muß alles dienen."

Alles: das sind die Neger und die übrigen „Farbigen"!

„Der Weiße ist immer ein Beamter. Der Beamte ist der Moskito des Negers. Täglich sticht er ihn und stört ihn in seinem süßen Nichtstun."

K. H.

Reichsbank.

17 Millionen Mark Gold- und Devisenabfluß.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichsschatzwechsel	Lombardford.	Wechsel, Schecks	Notenumlauf	Girotuthaben	Gesamt-Geldumlauf
30. 6. 1931	1421	300	74	355	2579	4295	398	5971
7. 7. 1931	1422	371	3	225	2555	4110	343	5762
31. 5. 1932	863	129	18	257	2990	3961	431	5990
7. 6. 1932	848	138	6	129	3081	3889	358	5898
30. 6. 1932	832	130	2	261	3100	3984	473	6056
7. 7. 1932	806	139	2	104	3152	3877	402	5916

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben insgesamt um 17 Millionen Mark abgenommen infolge der Zahlungen, die auf die Dawes- und andere Auslandsanleihen gezahlt werden mußten. — Der Abfluß von Deckungsbeständen wird wahrscheinlich auch in der folgenden Berichtswoche anhalten; denn es ist eine Teilzahlung auf den 125 Millionen Dollar-Kredit von Lee Higginson fällig.

Die Ausleihungen sind um 125 Millionen Mark zurückgegangen. Das sind, gemessen an den zum Monatsende neu in Anspruch genommenen Krediten, rund 28 Prozent; im Vormonat waren es rund 27 Prozent und zur gleichen Zeit im Mai (also vor der innenpolitischen Beunruhigung durch die Papen-Regierung) 39 Prozent. Die Entlastung in der Berichtswoche wäre größer gewesen, wenn nicht das Reich den 125 Millionen Mark Ueberbrückungskredit eines Banken-Konsortiums in Anspruch genommen hätte.

Die umlaufende Notenmenge hat um 107 Millionen Mark abgenommen und ist etwas geringer als zur gleichen Zeit des Vormonats. Die gesamte Zahlungsmittelmenge ist um 140 Millionen Mark geringer als vor einer Woche.

Der Lausanner Vertrag gibt — nach der Ratifikation — Deutschland die Möglichkeit, der Reichsbank ihre auf Grund des Young-Plans beschnittene Handlungsfreiheit zurückzugeben und eröffnet damit die Möglichkeit, den Diskontsatz auch bei Unterschreitung der Deckungsgrenze unter 5 Prozent zu senken. Ja, Deutschland hat nun sogar die Möglichkeit, von der Goldwährung abzugehen! Zweifellos wird eine starke Propaganda dafür einsetzen. Die Gefahr der Inflation wird also immer größer. Die Reichsbankausweise nach dem Antritt der Regierung Papen zeigen, wie groß das Mißtrauen unter der Bevölkerung ist.

Bei jeder währungspolitischen Maßnahme muß daher dieses Mißtrauen in Rechnung gesetzt werden. Das gilt schon für die Senkung des Diskontsatzes unter 5 Prozent, eine Maßnahme, die vor Bereinigung der Wirtschaft durch Bankerotte in Schwerindustrie und Großgrundeigentum keinesfalls vorgenommen werden sollte. Wir warnen daher heute schon vor einer weiteren Diskontsenkung.

Bey.